

PUBLIC EYE MAGAZIN

Nr. 30 Juni 2021

GUNVOR IN ECUADOR

Die schmutzigen Hände des Ölhändlers

Public Eye



Ariane Bahri

Dank Ihnen!

Die Reportagen und Analysen in unserem Magazin und die Recherchen, auf denen diese beruhen, sind nur dank der Unterstützung unserer Mitglieder und Spender*innen möglich.

Sie sind bereits Mitglied? Herzlichen Dank! Doppelten Dank, falls Sie eine Mitgliedschaft verschenken. publiceye.ch/geschenkaboo

Sie sind noch nicht Mitglied? Mit 75 Franken pro Jahr sind Sie dabei und erhalten regelmässig unser Magazin. publiceye.ch/mitglieder

Oder wollen Sie uns zuerst kennenlernen? Dann bestellen Sie gratis drei Ausgaben als Schnupperabo. publiceye.ch/schnupper

Wir freuen uns, von Ihnen zu hören.

Public Eye

Lokal engagiert für die Welt

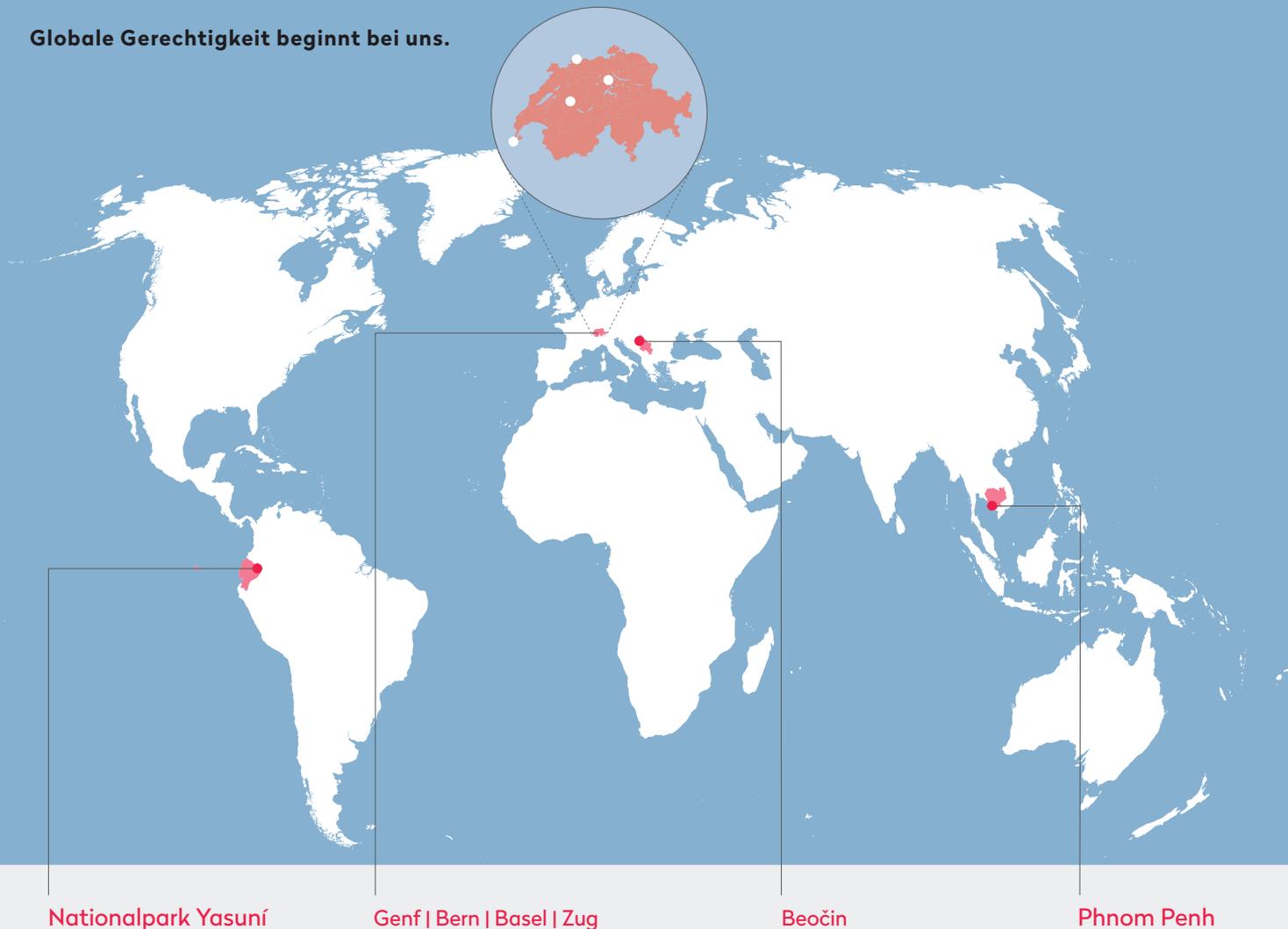
Seit über einem Jahr bestimmt Covid-19 den Alltag von uns Menschen weltweit. Und mehr denn je zeigt sich, wie sehr in unserer globalisierten Welt alles zusammenhängt. Quito oder Belgrad etwa mögen weit weg liegen, können aber plötzlich ganz nahe sein.

Zum Beispiel, wenn Schweizer Unternehmen involviert sind. Von Basel, Genf oder Zug aus betreiben diese Fabriken oder handeln mit Rohstoffen an Orten, die Tausende von Kilometern von der Schweiz entfernt sind. In Ländern, die in Sachen Menschenrechte und Umweltschutz meist sehr lasche Gesetze kennen. Was Konzerne mit Sitz in der Schweiz immer wieder ausnützen, wie sich auch in diesem Magazin zeigt.

Vor eineinhalb Jahren hat die Schweizer Justiz den Genfer Rohstoffhändler Gunvor wegen Korruption bei Ölverträgen in Kongo und Côte d'Ivoire verurteilt. Nun steht der Milliardenkonzern erneut im Mittelpunkt eines Bestechungsfalls. Ein ehemaliger Gunvor-Mitarbeiter hat der ecuadorianischen Regierung hohe Summen gezahlt, um von der Ölförderung in den Wäldern des Amazonas profitieren zu können. Auf der Verliererseite finden sich die indigenen Völker im Amazonasgebiet von Ecuador; sie ersticken im Rauch der Fackelrohre, der als Abfallprodukt der Erdölförderung den Urwald verpestet. Public Eye hat sich vor Ort begeben, um den Fall zu untersuchen, der diesen Frühling weltweit für Schlagzeilen sorgte.

Etwas weniger weit weg von uns schert sich Holcim ebenso wenig um Mensch und Umwelt: In Serbien verbrennt der Zuger Konzern Sonderabfälle in einem Zementwerk, das mit seinen gesundheitsschädigenden Emissionen regelmässig die gesetzlichen Grenzwerte überschreitet. Die Recherche des serbischen Investigativjournalisten Milorad Ivanovic, die Sie exklusiv in diesem Magazin lesen können, ist besonders brisant, weil Holcim auch in der Schweiz im Visier von Umweltaktivist*innen ist. Auf dem Hügel Mormont im Kanton Waadt will der Konzern einen Steinbruch ausweiten, um noch mehr Kalk für das boomende Zementgeschäft abzubauen. In einem Camp verteidigte eine Gruppe von Bewegten monatelang die reiche und ungewöhnliche Flora und Fauna im Gebiet.

Ob Ecuador, Serbien oder Mormont: Es geht um unsere Welt, um unsere Zukunft.



Nationalpark Yasuní

Genf | Bern | Basel | Zug

Beočin

Phnom Penh

Bestechen und plündern: Gunvors Masche in Ecuador

- 4 Giftige Abgase und ölverseuchte Gewässer: Während die Bevölkerung leidet, macht der Genfer Erdölhändler Gunvor gute Geschäfte. Und die Justiz ermittelt wegen Bestechung.
Nationalpark Yasuní, Ecuador

Zementfabrik von Holcim in Serbien verpestet die Luft

- 16 2019 ergab eine staatliche Inspektion, dass die Fabrik die gesetzlichen Grenzwerte massiv verletzt. Doch bis heute wurde kein Verfahren eröffnet, der Bericht blieb unter Verschluss.
Beočin, Serbien

Bundesrat fasst Rohstoff- branche mit Handschuhen an

- 21 Der jüngste Bericht des Bundesrats zur hiesigen Rohstoffbranche enttäuscht. Die Analyse bleibt oberflächlich, die vielen Korruptionsverfahren bleiben unerwähnt.
Bern, Schweiz

Geldwäschereigesetz bleibt löchrig wie Schweizer Käse

- 22 In der Frühjahrsession hat sich die Lobby der Anwält*innen und Berater*innen erfolgreich gegen ein griffiges Gesetz gewehrt.
Bern, Schweiz

Lage in Kambodscha spitzt sich zu

- 25 Covid-19 sorgt für Hunger und Not.
Phnom Penh, Kambodscha

Grundlegendes Umdenken in der Regulierung von Big Pharma

- 26 Wenn die Versorgung mit Medikamenten in den Händen der Pharmakonzerne liegt, ist das Recht auf Gesundheit nicht gewährleistet.
Bern und Basel, Schweiz

Im Handel mit Kunstdünger spielt die Schweiz eine zentrale Rolle

- 30 Für das diskrete und lukrative, aber auch sehr problematische Geschäft mit Kunstdünger ist die Schweiz eine wichtige globale Drehscheibe.
Genf und Zug, Schweiz



Wie Gunvor das Amazonasgebiet plündert

Ohne je eine einzige Ausschreibung gewonnen zu haben, wurde der Genfer Rohstoffhändler zu einem der wichtigsten Akteure im Geschäft mit Rohöl aus dem Amazonasbecken. Unterstützt von Schweizer Banken konnte Gunvor Ecuador davon überzeugen, hohe Schulden bei asiatischen Staatsunternehmen aufzunehmen. Um diese zu tilgen, muss das Land Raubbau an seinen natürlichen Ressourcen betreiben. Derweil leidet die lokale Bevölkerung schwer unter giftigen Abgasen und ölverseuchten Gewässern. Nun ermittelt die Justiz in den USA und in Ecuador gegen das Gunvor-Netzwerk wegen Bestechungszahlungen.

Das Licht zweier Flammen spiegelt sich in den Augen von Ana Lucía (Name geändert) und zeichnet die Kontur ihres Körpers auf die Holzwand ihres Zimmers. Das nächtliche Licht stammt von zwei Fackelrohren, die in etwa 30 Metern Höhe knistern wie ein Buschfeuer. Wir befinden uns im Dorf Pacayacu, im Osten von Ecuador. Die beiden Fackelrohre vor Ana Lucías Behausung verbrennen täglich bis zu 15 000 m³ überschüssiges Gas. Dabei entstehen giftige Abgase, die sich in einem Radius von bis zu 10 Kilometern ausbreiten, bei starkem Wind sogar noch weiter. Die Luft, die Pflanzen und die Gewässer der Region sind entsprechend belastet.

Wie die meisten Bewohner*innen der Amazonasregion lebt Ana Lucía auf dem Gebiet einer Ölkonzession: Block 57 wird von der staatlichen Ölgesellschaft Petroecuador betrieben (siehe Karte Seite 6). Seit zehn Jahren ist Ana Lucía hier zu Hause. 50 Meter vom Haus entfernt sieht man direkt auf die beiden Rohre, die Gas abfackeln. Dieses wird zusammen mit dem Rohöl aus dem benachbarten Bohrloch gefördert.

Ana Lucía hält ihre zweijährige Tochter in den Armen. Plötzlich macht sie sich Sorgen, welche Folgen unser Besuch zu später Stunde haben könnte. Es ist paradox: «Mir ist es immer noch lieber, wenn sie die Mecheros [spanisch für Feuerzeuge] brennen lassen. Wenn sie wegen einer Panne nicht funktionieren, ist der Geruch so schrecklich, dass einem übel wird.»

Kaum gestört durch den Umgebungslärm in dieser Aprilnacht, schläft Ana Lucías Tochter friedlich weiter.

Es kamen schon einmal zwei Mitarbeitende einer ausländischen Nichtregierungsorganisation (NGO) vorbei: Sie nahmen Staubproben vom Dach und auch einige Haare ihrer beiden älteren Töchter mit. Bei der Analyse kam aber nichts Konkretes heraus: «Ich schätze, sie sind noch zu jung», sagt die Mutter fatalistisch.

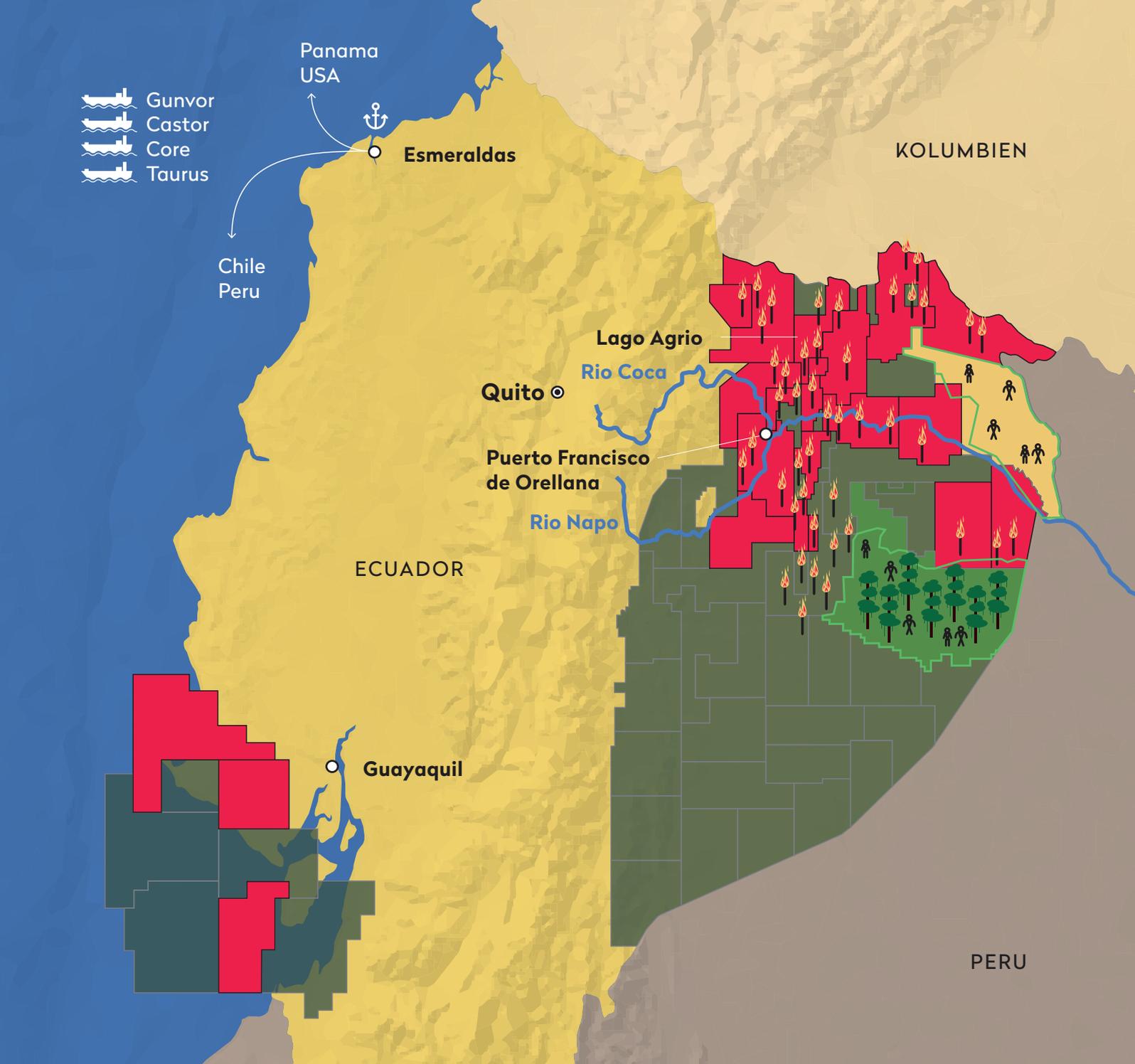
Im Hinterhof von Ecuador

Im Amazonasgebiet von Ecuador, das seit der Entdeckung des Rohöls anno 1967 von der Ölindustrie geprägt ist, brennen ganze 447 dieser «Mecheros». Noch jede Regierung hat versprochen, die Region aus der Armut zu befreien, indem die vielen Rohstoffe im Boden zu Geld gemacht werden. Statt materiellem Wohlstand erntete die Bevölkerung jedoch nur Krebsgeschwüre, Fehlgeburten und Geburtsfehler. In diesen Ölregionen lag die Krebsrate zwischen 2010 und 2016 gemäss dem spanischen Arzt Adolfo Maldonado bei 500 Fällen pro 100 000 Einwohner*innen – weltweit ein Höchstwert.

«Wir gelten als Ecuadors Hinterhof», empört sich Donald Moncayo. Er ist 1973 geboren, mitten in der Boomphase des Erdöls. Seit 2003 organisiert er «Toxi-Tours» – Führungen an verseuchte Standorte, die früher von Texaco/Chevron genutzt wurden. Seit der «Verstaatlichung» der Ölförderung hat sich nichts Grundlegendes geändert. Donald Moncayo kritisiert, dass die Regierung mit den Händlern gemeinsame Sache macht. Und dass die Gesundheitsbehörden beide Augen zudrücken. Seit 57 Jahren wird hier Rohöl gefördert, und keine einzige wissenschaftliche



Vor dem Haus von Ana Lucía wird es nie wirklich Nacht. Wie die meisten Leute im Amazonasgebiet von Ecuador lebt sie in der Nähe eines der 447 Fackelrohre, die das überschüssige Gas aus der Erdölförderung abfackeln.



Ecuador – ein Eldorado für die Erdölfirmen

Ecuador hat mehr als 20 Unternehmen die staatliche Konzession zur Förderung von Erdöl erteilt. Die Fördergebiete sind in 93 Blöcke aufgeteilt, 22 davon werden durch das Staatsunternehmen Petroecuador bewirtschaftet.

-  Fackelrohre, mit denen bei der Erdölförderung überschüssiges Gas verbrannt wird
-  Fördergebiete der staatlichen Petroecuador; die Blöcke 15, 31, 43 und 57 sind im Artikel erwähnt
-  Fördergebiete, bei denen andere Erdölfirmen eine Konzession erhalten haben
-  Nationalpark Yasuní
-  Unberührbare Zonen: Gebiete, welche der Staat isolierten indigenen Völkern zugewiesen hat; eigentlich sollte hier keine Fördertätigkeit stattfinden
-  Zielländer der Erdölexporte aus dem Amazonasgebiet

Begleitstudie wurde in Auftrag gegeben. «Ohne Studie kann man auch keine Kausalität nachweisen», sagt der Aktivist. Wir stehen beim Ölfeld Campo Drago, einem Symbol für den Übergang vom US-Giganten Texaco/Chevron zu Petroecuador um die Jahrtausendwende.

Die staatliche Erdölgesellschaft durchlöchernte die Vegetation, um ihre neuen Bohrtürme aufzubauen. Das Gelände erinnert an eine Mondlandschaft. Einsam knistert auch hier ein Fackelrohr, ohne Wächter oder Sicherheitsbarriere. 20 Meter davon entfernt kracht es bei jedem Schritt, wenn man über tote Insekten schreitet. Nähert man sich bis auf 10 Meter, ist die Hitze so stark wie in einem Backofen. Die Erde ist getränkt mit Rohöl, und das Wasser zeigt die typischen schillernden Farben der Ölverschmutzung. «So viel zur Spitzentechnologie, die man uns versprochen hat», sagt Donald Moncayo. Über seinem Kopf ziehen die Geier unbeirrt ihre Bahnen am Himmel. Die Raubvögel kreisen um das Fackelrohr und nutzen die heisse Luft, um an Höhe zu gewinnen.

Geldwäscherei im grossen Stil

Rund 3000 Kilometer entfernt fand vor drei Jahren ein Gespräch statt, das grosse Auswirkungen auf die verschwiegene Welt des Handels mit Napo und Oriente haben sollte – den beiden Rohölsorten, die im Amazonasgebiet gewonnen werden. Beteiligt waren drei desillusionierte Mittelsmänner, von denen einer für den Genfer Rohstoffhändler Gunvor arbeitete, sowie ein diskreter FBI-Agent, der seit Monaten heimlich deren Gespräche belauschte.

Alarmiert durch den Investigativjournalisten Fernando Villavicencio aus Ecuador, untersucht das US-Justizministerium (DOJ) seit 2012 ein gigantisches Geldwäschereisystem, in das Petroecuador verwickelt ist. Im Laufe der neunjährigen Ermittlungen zog sich die Schlinge um den Mittelsmann Raymond K., der von 2009 bis 2019 für Gunvor tätig war, immer mehr zu.

Am 18. Februar 2018 sitzt er in einem schicken Restaurant in Coral Gables, einem Vorort von Miami. Der 68-jährige Kanadier arbeitet seit über zwanzig Jahren auf den Ölfeldern des ecuadorianischen Amazonasgebiets. Durch eine US-Untersuchung unter Druck gesetzt, versucht er in diesem Februar, sich aus dem Schlamassel zu befreien. Zusammen mit seinen beiden Begleitern Antonio P. und Enrique C., zwei ecuadorianischen Geschäftsmännern, die im gesetzten Alter noch ins Erdöl-Consulting gewechselt hatten, tüftelt er an geeigneten Strategien. Es ist die Rede von Bestechungszahlungen an ecuadorianische Beamte*innen, im Austausch für vorteilhafte Verträge.

Dieses Gespräch im Restaurant war ein Fehler. Monatelang vom US-amerikanischen FBI verfolgt und abgehört, liess sich Raymond K. zu einigen Vertraulichkeiten über die brennende Frage der Verantwortungskette bei Gunvor hinreissen. Laut der US-Justiz sagt er sinngemäss, dass bestimmte Führungskräfte von Gunvor «Kenntnis der Korruptionssysteme» gehabt hätten. Im Restaurant erinnert sich Raymond K. konkret an mehrere Gespräche mit hohen Kadern des Handelshauses: Diese waren «nicht sicher, ob sie wissen wollten», wie es um



Adrià Budry Carbó, der Autor dieser Recherche, zeigt seine ölgetränkten Hände beim Besuch eines verschmutzten Standorts, der früher von Texaco/Chevron genutzt wurde. Rechts von ihm Umweltaktivist Donald Moncayo, der Besichtigungen dieser toxischen Stätten organisiert.

die Schmiergelder stand. Oder sie sahen darin schlicht kein Problem. «Glaubt mir ... Als ich [mit Gunvor-Managern] dort war, meinte [einer von ihnen]: What's the big deal?», heisst es in Auszügen aus der Strafanzeige des Eastern District of New York vom 18. August 2020. Auf Deutsch: Warum ist das so wichtig?

Bei Gunvor brennen langsam die Sicherungen durch, und die drei Männer fühlen sich vom Rohstoffhändler im Stich gelassen. Raymond K. arbeitet seit 2019 nicht mehr für Gunvor. Am 18. November 2020 verpflichtete sich Gunvor öffentlich, auf den Einsatz von Vermittler*innen zu verzichten. Stand diese Ankündigung in Zusammenhang mit den Geschehnissen im Amazonasgebiet und in Miami? Ende 2019 hatte die Schweizer Justiz Gunvor wegen Korruption in der Republik Kongo und Côte d'Ivoire verurteilt (siehe Box Seite 9). Wusste der Konzern im November 2020 bereits von den Ermittlungen in den USA?

Auf Nachfrage von Public Eye behauptet Gunvor, das Unternehmen habe sich von seinem Vermittler «aus Compliance-Gründen getrennt, bevor es über jegliche Untersuchung informiert wurde».

Am 6. April 2021 bekannte sich Raymond K. schuldig, von 2012 bis 2019 Provisionen in der Höhe von 70 Millionen US-Dollar gezahlt zu haben, davon über 22 Millionen an Bestechungsgeldern an drei ecuadorianische Beamte, um für Gunvor vorteilhafte Verträge zu erhalten. Es drohen ihm mehr als 20 Jahre Gefängnis.

Aber diese Story ist nur ein Nebenschauplatz. Schauen wir zurück auf eine Geschichte misslungener

Emanzipationsbestrebungen und verratener Versprechen. Im November 2006 wird Rafael Correa an die Spitze der ecuadorianischen Regierung gewählt. Es weht ein frischer Wind durch Lateinamerika: Verschiedene neu gewählte «bolivarische» Staatschefs versprechen, mit dem US-Imperialismus zu brechen und die natürlichen Ressourcen dem Würgegriff der US-Konzerne zu entziehen. Mit Anfang 40 ist Rafael Correa ein junger, aber glaubwürdiger Präsident: Als Wirtschafts- und Finanzminister hat er gerade dazu beigetragen, dem US-Unternehmen Occidental Petroleum Corporation (Oxy) die Konzession zu entziehen. Das Unternehmen verklagt Ecuador daraufhin wegen Vertragsbruchs.

Vom internationalen Finanzsystem geächtet

An der Spitze des Landes und seiner «Bürgerrevolution» verspricht Correa auch, dass Chevron für alle Umweltschäden zahlen wird, die der Konzern seit den späten 1960er-Jahren im ecuadorianischen Amazonasgebiet verursacht hat. Seine Kampagne «Chevrons schmutzige Hand» gibt Tausenden von ecuadorianischen Opfern der jahrzehntelangen, ungezügelter Ölförderung wieder Hoffnung. Die beiden gerichtlichen Auseinandersetzungen werden Jahre später zu demütigenden und kostspieligen Niederlagen für Ecuador führen: Das Land wird über eine Milliarde Dollar Schadenersatz an Oxy und Chevron zahlen müssen.

Ende 2008 setzt die Regierung Correa auch die Tilgung eines Teils der Staatsschulden aus, der als «illegitim» erklärt wird. Die Zivilgesellschaft applaudiert, aber



Die Hände voller Erdöl, lancierte lancierte der damalige Präsident Rafael Correa im Jahr 2013 seine Kampagne «Die schmutzigen Hände von Chevron». Acht Jahre später haben nur die Namen geändert, die Verschmutzung ist geblieben.

«Jetzt geht es ihnen an den Kragen»

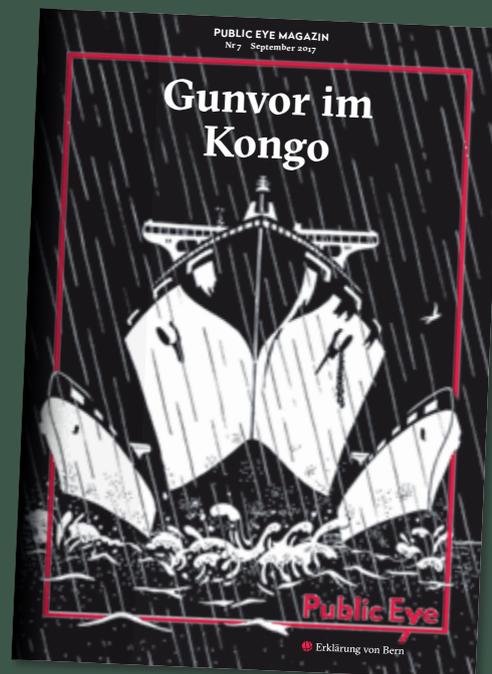
Der Rohstoffhändler Gunvor hat ein neues Problem: Anderthalb Jahre nachdem die Schweizer Justiz den Konzern wegen «Organisationsmängeln» im Zusammenhang mit Korruption in der Republik Kongo und in Côte d'Ivoire verurteilt hat, steht dieser erneut im Mittelpunkt eines Bestechungsfalls.

AGATHE DUPARC

In Genf werden die Missgeschicke von Gunvor in Ecuador von der Geschäftswelt aufmerksam verfolgt. Im Oktober 2019 war der Genfer Rohstoffhändler bereits wegen Korruption bei Ölverträgen in Kongo-Brazzaville und Côte d'Ivoire verurteilt worden. Nun sagen diverse Insider*innen gegenüber Public Eye, dass ihnen der aktuelle Fall wie eine schlechte Neuauflage desselben Films vorkommt, nur wohl mit viel schwerwiegenderen Folgen. «Diesmal haben die Amerikaner das Sagen, da könnte es zu einer sehr, sehr hohen Busse kommen», schätzt ein Anwalt, der in diesem Sektor tätig ist. «Jetzt geht es ihnen an den Kragen.» Der Skandal in Afrika kostete Gunvor insgesamt 94 Millionen Franken (4 Millionen Franken Busse und 90 Millionen für eine Ersatzforderung). Public Eye hatte den Fall 2017 im Bericht «Gunvor im Kongo» dokumentiert.

Explodierende Beträge

Das Ausmass der ecuadorianischen Affäre schockiert viele. «70 Millionen US-Dollar Provisionen, wovon 22 Millionen an ecuadorianische Beamte gingen. Das sind gigantische Beträge: um ein Vielfaches höher als im Fall Kongo-Brazzaville», meint ein Händler. Er glaubt, dass es diesmal für Gunvor sehr schwierig wird zu behaupten, ein krimineller Mitarbeiter habe allein gehandelt und seine Vorgesetzten getäuscht, um solche massiven Zahlungen auszulösen. Ein ehemaliger Mitarbeiter von Gunvor hat sich schliesslich schuldig bekannt. Das US-amerikanische FBI hatte seine Gespräche aufgezeichnet und ihn daraufhin in die Mangel genommen. Er schilderte, wie die korrupten Deals zustande kamen und zeigte auf, dass seine Vorgesetzten die Verantwortung dafür tragen. Die von der US-Justiz veröffentlichte Anklageschrift hält fest, dass innerhalb des Handelshauses «weitere Personen (...) wussten, dass diese Zahlungen zumindest teilweise zur Bestechung ecuadorianischer Beamter verwendet werden würden». Nun geht es um die Verantwortungskette. In Genf wird über hochrangige Gunvor-Führungskräfte spekuliert, deren Namen bereits in der Kongo-Affäre aufgetaucht sind, die aber damals nicht zur Rechenschaft gezogen wurden: etwa den Leiter der Rohöl-Abteilung und den damaligen Verantwortlichen für das Geschäft in Europa und Asien. Oder die Person, die zwischen 2012 und 2014 für die Finanzen in Singapur zuständig war.



Die Zahlung der gigantischen Provisionen, die für die ecuadorianischen Vermittler bestimmt waren, hat Gunvor von Singapur aus veranlasst, sagt die amerikanische Justiz. Die Millionen sollen auf Bankkonten in der Schweiz, in Panama und auf den Cayman-Inseln gelandet und dann teilweise an ecuadorianische Beamte*innen weitergeleitet worden sein.

Die Banken werden nervös

Diverse Banken, welche die Geschäfte von Gunvor finanzieren, werden langsam nervös. «Lernt denn das Management von Gunvor nichts dazu? Es ist schockierend!», meint ein Banker in Bezug auf CEO Torbjörn Törnqvist. Auch dieser wurde wegen des Kongo-Skandals zu keinem Zeitpunkt belangt. Auf eine Anfrage von Public Eye reagiert Gunvor mit einer allgemein gehaltenen Mitteilung über ihre Compliance-Standards im Bankwesen: Betreffend Korruption gelte ein «Null-Toleranz-Ansatz», der das Unternehmen dazu gebracht habe, «auf den Einsatz von Vermittlern bei der Geschäftsentwicklung zu verzichten». Gunvor erklärt, vorbehaltlos mit den US-Justizbehörden zu kooperieren.

Unter dem Gesichtspunkt der Rückfälligkeit sollte sich eigentlich auch die Schweizer Justiz für diesen neuen Fall interessieren. Denn während gegen Gunvor in der Schweiz wegen Aktivitäten in Kongo-Brazzaville und Côte d'Ivoire ermittelt wurde, liefen die Geschäfte in Lateinamerika mit ähnlichen Methoden glänzend. Auf Nachfrage teilt die Bundesanwaltschaft mit, sie äussere sich «zum jetzigen Zeitpunkt nicht zu diesem neuen Fall».

Eben hat Gunvor erfreuliche Ergebnisse vorgelegt: 50 Milliarden US-Dollar Umsatz und 320 Millionen Gewinn im Jahr 2020. Da sich der Rohstoffhändler in Afrika die Finger verbrannt hat, in Ecuador auf der schwarzen Liste steht und in den USA in Ungnade gefallen ist, dürfte er künftig neue Gefilde ansteuern. Ende März sagte Torbjörn Törnqvist gegenüber Reuters, er wolle seine Erdölgeschäfte in Russland wiederaufnehmen. «Wir erhalten immer mehr Öl von dort», hielt er fest. Unter den aktuellen Umständen könnte sich diese Rückkehr zu den Wurzeln noch etwas beschleunigen.

Ecuador findet sich vom internationalen Finanzsystem geächtet. Das Land ist ruiniert, es muss neue Wirtschaftspartner finden, um seine wichtigste Quelle für harte Währungen wiederzubeleben. Noch weiss es niemand, aber die wachsende Isolation wird Ecuador in die Arme von Gunvor und ihren Tochtergesellschaften treiben.

Strategische Bündnisse mit grossen Folgen

Mit Umarmungen und Händeschütteln besiegelt Ecuador am 27. Januar 2009 seinen Wechsel zum neuen Partner China. Die staatlichen Unternehmen Petrochina, Unipec, Sinochem und ihr thailändisches Pendant Petrothailand erklären sich bereit, das für die Ölförderung benötigte Kapital im Austausch für mehrjährige Lieferverträge für Rohöl vorzuschliessen. Rafael Correa hatte während seiner Wahlkampagne wiederholt den Ausverkauf der Heimat angeprangert. Das Abkommen bietet ihm die Möglichkeit, im Rahmen einer «strategischen Allianz» zwischen befreundeten Ländern das Gesicht zu wahren.

Aber das ist nur Schein. Laut der US-Strafanzeige hat Gunvor hinter den Kulissen agiert, um diesen Deal zustande zu bringen: «Das Handelshaus half dabei, die Finanzierung von rund 5,4 Milliarden US-Dollar an erdölgesicherten Krediten bereitzustellen, die von staatlichen Unternehmen an Petroecuador gewährt wurden.» Und es waren Gunvor und ihre Tochterunternehmen, welche das Rohöl schliesslich erhielten, um es an Raffinerien in den USA oder Lateinamerika weiterzuverkaufen, wie Recherchen der US-Umweltorganisation Stand.earth zeigen.

Solche Verträge, im Fachjargon als Vorfinanzierungsgeschäfte bezeichnet, gehören zum Standardrepertoire der Schweizer Rohstoffhändler. Mit anderen Worten: Die grossen Handelskonzerne nutzen die von ihren Banken zur Verfügung gestellten Kreditlinien – und teils sogar ihre eigenen Mittel – um Kredite an staatliche Ölgesellschaften zu vergeben. Diese verpflichten sich, ihre Kredite mit zukünftigen Lieferungen von Rohöl oder raffinierten Produkten zurückzuzahlen. Die Zinsen sind für die Kreditnehmer meist unvorteilhaft, die Geldgeber hingegen machen damit glänzende Geschäfte. Für erdölproduzierende Länder bedeutet dies, dass sie ihre natürlichen Ressourcen über Jahre oder gar Jahrzehnte verpfänden.

Public Eye hat sich den Vertrag zwischen Petroecuador und Petrochina beschafft: Demnach soll das Darlehen in Höhe von 1 Milliarde US-Dollar mit Rohöl zurückgezahlt werden, und zwar über 24 Monate und zu einem Zinssatz von 7,25 %. Der Vertrag von 2011 liegt uns ebenfalls vor: Er sieht einen weiteren Kredit über 1 Milliarde mit Rückzahlung in Barrel vor, diesmal verteilt über 30 Monate zu 7,08 %. Solche Vereinbarungen wurden bis zu 16-mal abgeschlossen.

Doch am Ende sind es Rohstoffhandelsfirmen aus dem Umfeld von Gunvor, die sich grosse Teile der Erdölproduktion im Amazonasgebiet unter den Na-

gel reissen. In den 15 Jahren nach der Wahl von Rafael Correa haben Castor Petroleum, Core Petroleum, Taurus Petroleum und Gunvor ein faktisches Monopol auf diesem Rohölmarkt. Doch Gunvor, damals noch führend bei den russischen Ölexporten, hat zu keinem Zeitpunkt eine Ausschreibung der staatlichen Petroecuador für Erdöl gewonnen. Das Unternehmen weiss sich offenbar auf anderem Wege zu helfen.

Aufschlussreiche Details deuten darauf hin, dass diese Händler eng zusammenarbeiten und darauf achten, sich nicht zu konkurrenzieren. Die Firmenchefs kennen sich untereinander und gründen zusammen weitere Unternehmen, die sich grosse Teile des Exportmarkts in Ecuador aufteilen, oft mit Hilfe derselben Anwält*innen.

Neuer Fokus in Ecuador statt im Irak

Taurus Petroleum wurde 2003 durch den US-Amerikaner Ben Pollner nach Genf geholt. Die Firma war schon damals bekannt dafür, dass sie sich nach dem ersten Golfkrieg im Rahmen des UN-Programms «Öl für Lebensmittel» irakisches Rohöl im Wert von 4 Milliarden US-Dollar gesichert hatte. Ganz geräuschlos ging dieser Deal nicht über die Bühne: Eine Zeit lang verdächtigte die Volcker-Kommission das Unternehmen, an einem umfangreichen System von Bestechungsgeldern zugunsten von Saddam Hussein beteiligt gewesen zu sein. In den 2000er-Jahren orientierte sich der Händler nach Ecuador, wo er sich rasch als einer der führenden Exporteure von Rohöl in die USA etablierte, hauptsächlich unter dem Firmennamen Castor Group. Das Unternehmen hat Niederlassungen in Delaware/USA, Genf und Panama.

Im Jahr 2009 schluckt Gunvor die Firma Castor samt Know-how, Schlüsselpersonal und Vermögenswerten. Dort treffen wir auf eine bekannte Figur: Vize-Präsident ist ein gewisser Raymond K., Gunvors Mittelsmann, der vom FBI verfolgt wird. Ab 2011 firmiert Castor Petroleum in Genf sogar unter dem Namen Gunvor AG, während Gunvor in Ecuador zwischen 2009 und 2011 teils weiterhin unter dem Firmennamen Castor tätig ist.

Gunvor ist in Lateinamerika neu und konzentriert sich vorerst auf die Kontrolle über das hochstrategische Lagerterminal und eine Pipeline in Panama. Die Anlage, die zuvor im Besitz von Castor Americas war, verfügt über Lager an beiden Enden des Panamakanals, die es ermöglichen, verschiedene Rohölsorten zu mischen und diese Produkte nach Lateinamerika und an beide Küsten der Vereinigten Staaten zu verschiffen, ohne Gebühren für die Durchfahrt des Kanals zu entrichten. Raymond K. gibt an, dass er damals teils in Panama und teils auf den Bahamas lebte, wo er bei einer Gunvor-Tochtergesellschaft angestellt war.

Der Kanadier ist aber auch in Ecuador zu Hause, wo er für das Pipeline-Konsortium OCP sowie für die Firma Occidental Petroleum Corporation gearbeitet



Männer aus den lokalen Gemeinschaften reinigen im Auftrag der Regierung ein vergiftetes Wasserbecken aus der Zeit der Förderung durch Texaco/Chevron. Die Arbeiten dauern schon sieben Jahre.

© Johis Alarcón/Panos



In El Coca in der Provinz von Orellana liegen die Pipelines von Petroecuador (ex Petroamazonas) offen im Wald. Sie sind eine Gefahr für Mensch und Umwelt.

© Johis Alarcón/Panos



Ein Kind spielt am Ufer des Flusses Napo. Die durch die Erdölförderung und den Bergbau verursachten Überschwemmungen und Erosionen haben 35 Hektaren Land rund um sein Dorf weggefressen.

© Johis Alarcón/Panos



Die indigenen Gemeinden können sich nicht mehr mit sauberem Wasser aus dem Fluss waschen. Als Entschädigung stellen die Ölfirmen ihnen Tonnen zur Verfügung, in denen sie das Regenwasser sammeln.

© Johis Alarcón/Panos

hat, die Block 15 betrieb. Er ist für die Beziehungen zu den lokalen Gemeinschaften zuständig und somit ein Praktiker, aber auch ein Machtmensch. Als Präsident Rafael Correa den US-Konzern und Arbeitgeber von Raymond K. vor die Tür stellt, kommt der Geschäftsmann über die Hintertür wieder ins Geschäft, und zwar dank seinen guten Beziehungen zu Enrique C.

Dieser ist in Ecuador als «Ölzar» bekannt und sitzt in Miami mit Raymond K. am Tisch, während das FBI mithört. Gemeinsam tragen sie zur Etablierung eines Dreieckshandels zwischen öffentlichen asiatischen Unternehmen, Petroecuador und privaten Händlern bei. Daraus wird der grösste Korruptionsskandal in der Geschichte des Erdöls in Ecuador.

Der Fluch des Erdöls

Für Ecuador dreht sich die verhängnisvolle Schuldenspirale immer weiter. Während des «chinesischen» Jahrzehnts nimmt das Land rund 20 Milliarden US-Dollar an Krediten auf. Meistens erfolgt die Tilgung in Rohöl zu einem Zinssatz zwischen 6 und 8 %, oder gegen Infrastrukturarbeiten, die von chinesischen Konzernen durchgeführt werden. Nach der Umschuldung im Jahr 2009 schwillt die Auslandsverschuldung Ecuadors erneut an; im Jahr 2020 erreicht sie 64 Milliarden Dollar, das sind 68,9 % des Bruttoinlandsprodukts. Ein knappes Drittel des Staatshaushalts wird für Rückzahlungen an die Gläubiger verwendet, das ist fast zweieinhalb Mal so viel, wie der Staat für die Gesundheit ausgibt.

Neue Kreditlinien werden oft genutzt, um alte zu tilgen oder um in neue Öl- und Bergbauinfrastruktur zu investieren. Ein Teufelskreis auf Kosten der Bevölkerung und der Umwelt. Der Staat investiert Milliarden in die Modernisierung der Raffinerie Esmeraldas und den Bau der Raffinerie Pacific. Das Ergebnis ist katastrophal: Esmeraldas funktioniert nicht, Pacific wurde schon gar nicht gebaut. «Es ist die Tragödie dieses Landes: Wir sind gezwungen, Rohöl zu exportieren, um Erdölprodukte zu importieren», sagt Alberto Acosta, der erste Minister für Energie und Bergbau in der Regierung Rafael Correa. Die Geschichte des Öls in Ecuador ist ein Paradebeispiel für den Rohstofffluch.

Zwischen 2014 und 2020 wurden laut Analysen der US-Umweltorganisation Stand.earth 87 % der ecuadorianischen Ölproduktion (d.h. mehr als 660 Millionen Barrel) zur Schuldentilgung verwendet. Dies liegt daran, dass der Ölboom den Boden leerpumpt, auf dem er gründet. Die Ölquellen in der Region Lago Agrío (siehe Karte Seite 6), die seit 1972 von Texaco/Chevron genutzt wurden, beginnen zu versiegen. Um Erdöl zu gewinnen, muss man immer tiefer graben und immer weiter in das Amazonasgebiet vordringen. Im Jahr 2013 wird ein Tabu gebrochen: Nachdem er sich zuvor dafür engagiert hatte, den Yasuní-Nationalpark zu schützen, erlaubt

Rafael Correa dennoch den Vorstoss der Ölindustrie ins Herz des Amazonas. Obwohl der Park 1989 von der Unesco zum Biosphärenreservat erklärt wurde. Und obwohl dort nicht kontaktierte indigene Völker leben – also Völker, auf welche die nicht-indigene Mehrheitsgesellschaft erst kürzlich aufmerksam wurde, ohne dass ein wirklicher physischer Kontakt stattgefunden hat.

Für den Umweltschützer Eduardo Pichilingue ist der symbolträchtige Block 43, der den Eingang zum Nationalpark Yasuní markiert, die «Spitze des Extraktivismus» – einer auf Rohstoffexport und Raubbau begründeten Wirtschaft, die weitgehend auf die Weiterverarbeitung der eigenen Ressourcen verzichtet. Pichilingue war selbst Teil der ersten Regierung Correa, um das zu schützen, was er als die «Kronjuwelen» bezeichnet. Aus seiner Sicht hat der frühere Präsident jedoch nach und nach dieselben Leute in sein Team geholt, «die den Ölboom der 1970er-Jahre herbeiführten und behaupteten, dass dort die Ressourcen für die Entwicklung des Landes zu finden seien».

«Mutter hat nie mehr Fische gefangen»

Am Ufer des Rio Coca, ein Nebenfluss des Amazonas, spielen Kinder in den neu entstandenen Gräben. Die Erde ist noch feucht, die Kinder versinken darin bis zu den Knöcheln oder Knien, die Kleinsten bis zum Bauch. Hier trat der Fluss am 8. April 2020 über die Ufer und spülte 35 Hektaren Land weg, bevor er sich in sein natürliches Bett zurückzog. Am selben Tag verursachte die Erosion durch die jahrzehntelange Bergbau- und Ölförderungstätigkeit auch den Bruch von zwei Pipelines. Über eine Strecke von 363 Kilometern ergossen sich entlang der Flüsse Coca und Napo 15 000 Barrel Rohöl in die Umwelt und gelangten bis nach Peru.

Cecilia Grefa kann sich daran erinnern. Die 60-Jährige gehört zur Ethnie der Kichwa, der grössten der 14 indigenen Nationalitäten Ecuadors. Sie lebt in einer von 105 Gemeinschaften, die von der Erosion durch die Erdölindustrie betroffen sind. An jenem Tag hätte sie fast ihr Fischernetz verloren. Wegen der Strömung und dem Schutt musste es zu zweit aus dem Wasser gezogen werden. Es triefte von schwarzem Rohöl. «Danach war ich ganz hässlich», sagt sie und reibt sich die Arme, als wären sie noch mit Öl verschmiert. «Ich konnte nicht schlafen, und die Salbe konnte das Brennen auf der Haut nicht lindern.»

Der Regen hat schliesslich die sichtbarsten Ablagerungen an den Ufern weggespült. Doch das Wasser und der Boden sind immer noch belastet. Tochter Verónica sitzt daneben. Sie ist eine derjenigen, die sich wehren. «Mutter hat nie mehr Fische gefangen», sagt sie, als müsste sie sich rechtfertigen. Da die Behörden nichts unternahmen, blockierten etwa 30 Mitglieder der Gemeinschaft Anfang April drei Tage lang die Strasse, auf der die Lastwagen verkehren. Petroecuador versprach

schliesslich ein paar Deiche, die mit Pipeline-Rohren gebaut werden sollten. Diese lagern jedoch immer noch im Schatten der Bäume. Für Verónica ist klar: «Ein Zusammenleben mit der Industrie ist nicht mehr möglich.»

Derweil haben sich die grossen Hoffnungen auf eine Entwicklung durch das «schwarze Gold» angesichts der Verlogenheit der Branche zerschlagen. Obwohl nun die staatliche Petroecuador den Grossteil der Bohrungen betreibt, haben private Konzerne weitgehend die Kontrolle über das Rohöl zurückgewonnen. In den Verträgen über «strategische Allianzen», welche die Staatsunternehmen aneinanderbinden, ist eine ungewöhnliche Klausel zur «freien Verwendung» des gehandelten Rohöls enthalten. Für die Händler versteckt sich der Gewinn in den Details.

Umgeleitete Tanker voller Rohöl

Der grösste Teil des Oriente- und Napo-Rohöls, das rund um Verónicas Dorf gefördert wurde, kam nie in den asiatischen Häfen an, für die es angeblich bestimmt war. Tatsächlich waren es Gunvor und Konsorten, die das Öl ab 2009 in die Hände bekamen und es auf dem peruanischen, chilenischen, panamaischen und vor allem US-amerikanischen Markt mit beträchtlichem Gewinn weiterverkauften.

Das Geschäft läuft sogar noch besser, seitdem der Konkurrent Venezuela zunehmend isoliert ist und Rohöl als wichtigste Devisenquelle des Landes auf der Sanktionsliste der USA steht. Ecuadorianisches Rohöl etabliert sich allmählich als qualitativ gute Alternative zum Öl aus Venezuela. In Zusammenarbeit mit asiatischen Staatsunternehmen steigern Rohstoffhändler ihre Gewinne weiter und sparen sich erst noch den Transport des Erdöls um die halbe Welt.

Schiffsfrachtbriefe und Zollstatistiken bestätigen diesen Trend. Durch ihre Geschäftsbeziehungen mit den Händlern Gunvor, Castor, Taurus und Core Petroleum profitieren europäische Banken stark von der Ausbeutung des Amazonasgebiets. Sie sind es, die den Kauf des Rohöls

finanzieren und während des Transports vom Hafen von Esmeraldas zu den US-Raffinerien von Chevron, ExxonMobil oder Marathon die nötigen Sicherheiten bereitstellen. Im Zeitraum von 2009 bis 2020 haben sie rund 155 Millionen Barrel Erdöl aus dem Amazonasgebiet finanziert, im Wert von circa 10 Milliarden US-Dollar. Unter den sechs wichtigsten Geldgebern finden sich vier in Genf ansässige Banken, wie die beiden US-Organisationen Amazon Watch und Stand.earth letzten August in einem Bericht festhielten: Credit Suisse, BNP Paribas, ING und UBS.

Unter den sechs wichtigsten Geldgebern finden sich vier in Genf ansässige Banken: Credit Suisse, BNP Paribas, ING und UBS.

Zudem stellte der Investigativjournalist Fernando Villavicencio einen Preisvergleich an: Wie hoch ist der Preis des von Petroecuador verkauften Rohöls aus dem Amazonasgebiet, und wie viel mehr kostet dasselbe Öl, wenn es in einer internationalen Raffinerie ankommt? Denn dort finden echte Ausschreibungen statt und der Preis entspricht somit eher einem wettbewerbsorientierten Markt. Er kommt zum Schluss, dass dem ecuadorianischen Staat bei US-Raffinerien 3 bis 5 US-Dollar pro Barrel entgehen, und bis zu 7 Dollar in Peru. Das ergibt stolze Summen, wenn man bedenkt, dass in 16 Vorfinanzierungsverträgen 1,3 Milliarden Barrel Napo und Oriente bis 2024 zugesagt wurden. Villavicencio schätzt den Einnahmeverlust für Ecuador auf gesamthaft etwa 4 Milliarden Dollar (ausgehend von einem Preisunterschied von 3 Dollar pro Barrel).

Nicht nur er macht sich Sorgen. Bereits im Bericht von Ecuadors Finanzkontrolle von November

Konkurrenten mit gleichen Methoden

In Genf sind die Rohstoffhändler zwar Konkurrenten, müssen jedoch teilweise auf dieselben Vermittler*innen zurückgreifen. Public Eye hatte bereits im November 2020 aufgedeckt, dass Gunvor und Vitol mit demselben Pariser Restaurantbesitzer geschäften mussten, um Zahlungen zu verschleiern. Dieser bezeichnete sich selbst als «Strohmann». Andere Mittelsmänner spielen in einer ganz anderen Liga und machen sich in «ihrem» Geschäftszweig unentbehrlich.

Dies scheint auch in Ecuador der Fall zu sein. Nach dem Geständnis eines seiner Manager bekannte sich Vitol im Dezember 2020 vor der US-amerikanischen Justiz schuldig, insbesondere in einem Fall von Bestechung von Petroecuador-Beamten im Austausch für günstige Rohölverträge. Gefälschte Beraterverträge, Offshore-Firmen und ein korrupter ecuadorianischer Manager, den die US-Justiz nur unter dem Decknamen «El Gordo» erwähnt: Die Parallelen zur Gunvor-Affäre im gleichen Land sind offensichtlich. Und vor allem weisen die Personenbeschreibungen der ecuadorianischen Berater in beiden Affären frappante Ähnlichkeiten auf.

2010, der Public Eye vorliegt, wurde für Petroecuador ein Gewinnausfall von 34,5 Millionen US-Dollar veranschlagt, und zwar lediglich für den Vorfinanzierungsvertrag von 2009 mit Petrochina. Der Bericht wies auch darauf hin, dass es letztlich Zwischenhändler wie Taurus Petroleum sind, die das Napo- und Oriente-Rohöl weiterverkaufen. Wie konnte dies geschehen? Warum haben die ecuadorianischen Beamten nicht reagiert? Warum haben sie in den späteren Vorfinanzierungsverträgen keinen besseren Ölpreis ausgehandelt?

Undurchsichtige Offshore-Konstrukte

Der erste Teil der Antwort findet sich in Panama, und zwar in den 2016 gehackten und veröffentlichten Panama Papers der Anwaltskanzlei Mossack Fonseca. In den Panama Papers finden sich unter anderem zwei Beraterverträge aus dem Jahr 2009 zwischen zwei Firmen unter Kontrolle von Enrique C. und eines seiner Geschäftspartner (Livingston Financial und Eston Trading) sowie Waterway Petroleum, einer Tochtergesellschaft von Gunvor, die ihren Sitz damals auf den Britischen Jungferninseln hatte. Letztere verpflichtet sich darin zur Zahlung von einem Dollar pro geliefertem Barrel Rohöl. Dies führt uns wieder zurück zu unseren Restaurant-Gästen in Miami.

Diese Art der Provisionsverteilung wiederholte sich insbesondere über von Gunvor kontrollierte Bankkonten in Singapur, wie die US-Justiz feststellte, und zwar «ab ungefähr Januar 2013, um das System von Korruption und Geldwäscherei zu fördern». In der kleinen Welt des Genfer Rohstoffhandels kursierten schon damals Gerüchte (siehe Box Seite 14). Aufgrund fehlender Belege für Geldtransfers hat die panamaische Bank Banvivienda schliesslich das Konto von Eston Trading von sich aus aufgelöst, auf das Waterway Petroleum jeweils das Geld überwies.

Die US-Strafanzeige ist höchst aufschlussreich. Um Beamte von Petroecuador zu überzeugen, für ihr Land unvorteilhafte Verträge aufzusetzen und um vertrauliche Informationen zu erhalten, soll Gunvor Provisionen an drei ecuadorianische Staatsangestellte gezahlt haben. Diese sind zwar anonymisiert, aber durch ihre biografischen Beschreibungen hinreichend erkennbar. Laut dem US-Justizministerium wussten «Raymond K[...] und weitere Personen [bei Gunvor], dass diese Zahlungen zumindest teilweise zur Bestechung ecuadorianischer Beamter verwendet werden würden».

Nach unseren Informationen handelt es sich einerseits um Nilson Arias, bekannt unter dem Decknamen «El Gordo», der bis 2017 bei Petroecuador für den internationalen Handel verantwortlich war. Ebenfalls involviert war sein Nachfolger, der 2020 zurückgetreten ist. Ein dritter Beteiligter ist José Augusto Briones, der von 2017 bis 2020 unter anderem Sekretär des Präsidiums der Republik und Minister für Energie und Bergbau in Ecuador war. Letzterer wurde am 14. April

in Untersuchungshaft genommen, während Petroecuador Gunvor auf die rote Liste setzte und die chinesischen Staatsunternehmen aufforderte, dasselbe zu tun.

Unter dem Schein der Fackelrohre von Pacayacu ändern diese Enthüllungen vorerst nichts am Leben von Ana Lucías Familie. Mag der Preis des Amazonas-Rohöls hoch oder tief sein, die Pumpanlagen arbeiten weiter, bis die Quellen versiegen. Während die Public-Eye-Fotografie den Töchtern zeigt, wie ihr Fotoapparat funktioniert, wird Ana Lucía gefragt, welche Botschaft sie für die Schweizer Banken und Händler hat, welche die Ölförderung finanzieren und vorantreiben. Ihre Namen sagen ihr nichts, aber etwas möchte sie festhalten: «Wir leben hier, weil wir nirgendwo anders leben können.» 50 Meter entfernt leuchten die beiden Fackelrohre von Ana Lucía die ganze Nacht hindurch weiter. ■



Lesen Sie die Recherche mit Originaldokumenten und Links: publiceye.ch/gunvor-ecuador



Überall im Amazonasbecken trifft man auf Pipelines. Die Kinder integrieren die Leitungen in ihr Spiel, ungeachtet der Gefahren, die von ihnen ausgehen.

Wie Holcim in Serbien ungestraft die Luft verseucht

Im nordserbischen Städtchen Beočin betreibt der Schweizer Konzern Holcim eine Zementfabrik. Eine staatliche Inspektion ergab 2019, dass die gesundheitsschädlichen Emissionen der Anlage die gesetzlichen Grenzwerte massiv verletzen. Doch der Report blieb unter Verschluss und bis heute wurde kein Verfahren eröffnet. Für die Betroffenen vor Ort ist beides keine Überraschung.

MILORAD IVANOVIĆ

Die Zementfabrik von Holcim (ehemals Lafarge) liegt an einem Donaukanal und stösst grosse Wolken toxischer Dämpfe aus.

Ein rauer Husten tönt laut aus einem der Häuser an der Hauptstrasse von Beočin im Norden Serbiens, 15 Kilometer westlich von Novi Sad, der Hauptstadt der Provinz Wojwodina. Auslöser des Hustens ist zwar nicht Corona, aber die Ursache dafür ist nicht minder übel. «Wir können hier kaum mehr atmen», klagt Jovan Ignjatović, während er eine zentimeterdicke Staubschicht vom Tisch wischt. «Das hat sich seit gestern angesammelt», sagt er. Sein Haus steht direkt gegenüber der Zementfabrik. Der ganze Ort ist in eine dicke Rauchwolke gehüllt. Die Leute hier sagen, es ist gefährliches Gift. Die Fabrikleitung sagt, es ist harmloser Wasserdampf.

In Beočin leben rund 7000 Menschen. Das Industriestädtchen liegt am Fuss der Fruška-Gora-Berge und anderthalb Autostunden von der Hauptstadt Belgrad entfernt. Die Zementfabrik wurde 2002 vom französischen Lafarge-Konzern gekauft, der 2015 mit Holcim zu LafargeHolcim fusionierte. Wie im Mai bekannt wurde, heisst der weltgrösste Baustoffproduzent künftig nur mehr Holcim Ltd. und verlegt seinen Hauptsitz ins Steuerparadies Zug.

Die Zementfabrik von Beočin war schon vor der Übernahme durch Lafarge eine der grössten Dreckschleudern im 2008 endgültig aufgelösten Ex-Jugoslawien. Doch der kurz nach dem Kauf getroffene Entscheid des Managements, die Öfen statt mit Naturgas mit dem viel billigeren und dreckigeren Petrolkoks zu betreiben, verschlimmerte die Situation nochmals beträchtlich. Petrolkoks ist ein Abfallprodukt aus Ölraffinerien, dessen Verbrennung extrem hohe Temperaturen, aber auch grosse Mengen an Mikropartikeln, Schwefeldioxid und Russ erzeugt.

Seit 2018 verbrennt Holcim auch medizinischen Abfall

Die zwei Nachbarländer Slowenien und Kroatien, beides EU-Mitglieder, haben diesen Brennstoff aus Umweltschutzgründen in der Zementproduktion verboten. Holcim hingegen ging noch einen Schritt weiter und entsorgt seit 2011 in den Brennöfen seiner Anlage auch den gesamten Haushaltsmüll der Gemeinde. 2018 erhielt die Fabrik zudem die Erlaubnis zur Verbrennung von medizinischem Abfall, Autoreifen und Plastik.

Am 21. November 2019 stattete das Provinzinspektorat für Umweltschutz der Zementfabrik einen Besuch ab. Die Prüfung der Luftemissionen ergab für manche gesundheitsschädlichen Substanzen eine massive Überschreitung des gesetzlichen Grenzwerts. Der uns vorliegende Bericht des Inspektorats ging direkt an die zuständige Staatsanwaltschaft. Anderthalb Jahre danach ist jedoch weiter ungewiss, wann ein Verfahren gegen Holcim eröffnet wird. Und ob überhaupt.

Die Umweltbehörde hat alle für den Zeitraum vom 31. August bis zum 21. November 2019 verfügbaren Daten ausgewertet. Demnach überschritt der 62-

mal erfolgte Ausstoss an Wasserstoffchlorid (HCl) im September den zugelassenen Grenzwert um 200 %. Im Oktober emittierte die Fabrik neben Wasserstoffchlorid auch 847-mal Schwefeldioxid (SO₂), Ammoniak (NH₃) und Stickstoffoxid (NHx) in Mengen, welche ebenfalls 200 % über der jeweiligen gesetzlichen Schwelle lagen. Im November lagen diese Werte noch etwas höher.

Umweltbehörde forderte von Holcim Behebung der illegalen Situation

In diesen knapp drei Monaten wurden laut Inspektorat rund 963 Tonnen Abfall verbrannt, der zwar als gefährlich klassifiziert, aber nicht besonders behandelt wurde. Der Untersuchungsbericht hält fest, dass von Holcim sofortige Massnahmen zur Behebung der illegalen Grenzwertüberschreitungen verlangt werden. Auf der letzten Seite des Berichts steht zudem, dass wegen dieser illegalen Praktiken offiziell Klage beim zuständigen Gericht eingereicht werden soll. Konfrontiert mit den Resultaten dieses Berichts sagt eine Sprecherin von Holcim Serbien, «wir haben den damaligen Entscheidungen und Empfehlungen der Behörden Folge geleistet». Was das genau heisst, wollte sie nicht ausführen. Und: «Von einem juristischen Verfahren wissen wir nichts.»

Für Zlatko Todorčevski, einen Umweltaktivisten aus Beočin, sind der Untersuchungsbericht und die angebliche Klage «ein politisches Ablenkungsmanöver». «Die spielen doch alle nur Theater», meint er. Und erzählt von «sehr plausiblen Gerüchten», dass die Prüfung der Holcim-Fabrik bloss eine Reaktion auf den zunehmenden Druck chinesischer Betreiber anderer Fabriken war, die berüchtigt sind für ihre Umweltverschmutzungen in Serbien und dafür – im

Ein Blick zurück

1839 nahm die erste Zementfabrik in Beočin den Betrieb auf. Mit Produkten aus diesem Ursprungswerk wurde unter anderem jene berühmte Brücke in Ungarn gebaut, die Buda mit Pest verbindet.

1946 wurde die Anlage verstaatlicht und stetig vergrössert. In Jugoslawien wurden die boomende Zementfabrik und die sie umgebende Stadt schnell zu kommunistischen Erfolgsmodellen.

Nach dem Untergang des Milošević-Regimes **2002** privatisierte die neue demokratische Regierung auch diese Industrie-Ikone und verkaufte sie an den französischen Lafarge-Konzern.



Investigation Award

Der Autor dieses Textes ist leitender Redaktor im Belgrader Büro des «Balkan Investigative Reporting Network» (BIRN), einem Zusammenschluss von Medienschaffenden und NGOs mit regionaljournalistischem Fokus und Mitgliedern in sechs Ländern. Finanziert wurde das Rechercheprojekt in Beočin durch den Investigation Award von Public Eye, den Milorad Ivanovic bereits im Frühjahr 2020 gewonnen hatte. Dass das Resultat jetzt erst erscheint, ist Verzögerungen geschuldet, die durch Corona bedingt sind. Die dritte Ausschreibung unseres Preises, mit dessen Hilfe fragwürdige Auslandspraktiken von Schweizer Firmen aufgedeckt werden, ist für Ende 2022 geplant.

Gegensatz zur europäischen Konkurrenz – von den Medien auch regelmässig kritisiert werden. «Die Behörden wollten bloss zeigen, dass sie auch Holcim auf dem Radar haben, an der Situation ändern wollen sie aber nichts.»

In Serbien, wird ein Teil des Abfalls seit Jahren via Zementfabriken entsorgt – offiziell aus rein ökologischen Gründen, doch Umweltverbände bezweifeln das. Ein Vertreter von «Spasimo Beočin» (Retten wir Beočin) sagt, die Luftfilter der Holcim-Öfen seien für Zementstaub gebaut, aber nicht für die Toxine, die bei der Verbrennung gefährlicher Abfälle entstehen. «Die behaupten, durch die hohen Temperaturen würden alle schädlichen Substanzen zerstört, doch das stimmt nicht.» Spasimo Beočin ist eine Vereinigung besorgter Bürger*innen, die seit 2015 aktiv ist. Die Mitglieder der Organisation agieren nicht öffentlich, ihre Namen sind unbekannt. Und sie wollen, dass das so bleibt. «Wir befürchten sonst Repressionen. Viele von uns arbeiten für die Firma, andere haben Verwandte oder Freunde, die dort ihr Geld verdienen», begründet der Holcim-Kritiker seinen Wunsch nach Anonymität.

Umweltgesetze nach dem Gusto ausländischer Konzerne

Seit seinem Einstieg in Serbien genießt Holcim die volle Unterstützung der lokalen und nationalen Behörden, denen die Interessen ausländischer Grossinvestoren immer schon wichtiger waren als jene der Natur und der Bevölkerung. Das spiegelt sich auch in den Umweltgesetzen, bei deren Ausarbeitung die Anliegen von Unternehmen wie Holcim genau Gehör finden, meint der Vertreter von Spasimo Beočin. «Dass diese Zementfabrik vermutlich gegen keine staatliche Regulierung verstösst, ist der eigentliche Skandal und unsere grösste Tragödie.»

Goran Vučićević ist ein Umweltaktivist aus dem nahegelegenen Novi Sad und ebenfalls empört über den politischen Freipass für Holcim. Er beobachtet deren Werk in Beočin schon lange und meint, dass dort heute mehr Geld mit Abfallverbrennung als mit Zementproduktion verdient wird. Laut seinen Berechnungen werden jährlich um die 10 000 Tonnen Autoreifen entsorgt – für 3600 serbische Dinar (CHF 34) die Tonne, vom Staat bezahlt. «Holcim erhält also 36 Millionen Dinar an staatlichen Steuergeldern dafür, dass es das Land und jene Leute vergiftet, die diese Steuern bezahlen», sagt Vučićević.

Als die Zementfabrik vor bald 20 Jahren privatisiert wurde, hatte sie noch über 2000 Angestellte, die zumeist auch in Beočin lebten. Heute sind es nur noch ein paar Hundert. «Die Führungskräfte der Firma und wer es sich sonst leisten konnte sind längst weggezogen», sagt der Vertreter von Spasimo Beočin. Nach der kürzlich eingeführten Sondermüllverbrennung sei nun auch der letzte Manager geflohen. So wird der einst blühende Industriestandort immer mehr zur Geisterstadt.

Von den Dutzenden besonders stark betroffenen Anwohnern übt nur Jovan Ignjatović öffentlich Kritik an den Betreibern der Zementfabrik. Der Grund: «Ich bin schlicht zu alt, um noch Angst zu haben. Unsere Freunde und Verwandte sollen weiter dort arbeiten können, aber sie müssen endlich aufhören, uns zu vergiften», fordert er und füttert seine Hühner, während sich neue Staubwolken aufs Gelände legen. Gemeinsam mit seinen Nachbarn hat er zahllose Beschwerden eingereicht – bei der Fabrik, der Umweltbehörde und der Gemeinde. Holcim zahlte ihnen nach einigem Hin und Her eine inoffizielle Entschädigung von knapp 800 Franken, das war's. «Was soll ich mit diesem Geld? Früher war mal die Rede von 12 000 Franken für eine Umsiedlung, doch daraus wurde nichts.»

Holcim bestimmt selber Labor und Zeitpunkt des Audits

Wie die meisten Menschen in Beočin will auch Ignjatović nicht, dass ihre Existenzgrundlage das gleiche Schicksal ereilt wie Holcims Zementfabrik in Slowenien, welche 2015 aus Umweltschutzgründen schliessen musste. Im EU-Mitgliedsland musste der Konzern seine Emissionen regelmässig überprüfen und die Resultate veröffentlichen. In Serbien hingegen ist er gesetzlich nur dazu verpflichtet, seine Abluft zwei Mal jährlich auf hochtoxische und krebserregende Substanzen wie Furan und Dioxin zu testen. Zudem kann Holcim nicht nur das Labor, welches die Proben entnimmt und auswertet, selbst bestimmen, sondern auch den Zeitpunkt, wann dies geschieht.

«An den betreffenden Tagen reduzieren sie den Ausstoss an Toxinen und steuern so die Resultate der Messungen», klagt unser Gewährsmann von Spasimo Beočin. Der oben erwähnte Zlatko Todorčevski fordert



Die Apokalypse scheint nahe: Auch andere Fabriken in Beočin belasten die Umwelt mit gesundheitsschädigenden Emissionen.

© Jan Valo



Jovan Ignjatović ist der einzige, der sich getraut, Holcim öffentlich zu kritisieren. Der Grund: «Ich bin schlicht zu alt, um noch Angst zu haben.»

© Jan Valo

entsprechend eine unabhängige Aufsicht wie in Slowenien: «Dass sich die serbische Zementindustrie selbst kontrollieren darf, ist absurder als manche Zustände in Afrika und steht in krassem Widerspruch zu allen zivilisierten Standards, sicher auch denen der Schweiz.»

Sein Vorbild ist Uroš Macerl, der gegen ähnliche Umweltvergehen eines Holcim-Werks in seiner slowenischen Heimatstadt Trbovlje gekämpft und gewonnen hat. Dies allerdings zum Preis einer Fabrikschliessung, welche die Aktivist*innen in Beočin unbedingt verhindern wollen. «Ohne die öffentlich zugänglichen Emissionsdaten hätten wir keine Chance gehabt», sagt der Biobauer, dessen Hof ganz in der Nähe der 2015 stillgelegten Zementfabrik steht. Für diesen Erfolg, der freilich zu grossen Arbeitsplatzverlusten führte, wurde er 2017 mit dem renommierten amerikanischen Goldman Environmental Prize ausgezeichnet.

Ein weiteres wichtiges Beweismittel war damals eine Studie des onkologischen Instituts von Ljubljana, die bei Anwohner*innen der Zementfabrik ein signifikant erhöhtes Krebsrisiko im Vergleich zur slowenischen Durchschnittsbevölkerung dokumentierte. Ähnliche Beobachtungen machte der Kinderarzt Ilija Vukadinović in seiner westserbischen Heimatgemeinde Kosjerić, wo die belgische Titan-Gruppe ein anderes Zementwerk betreibt. Vukadinović stellte als Mitglied der lokalen Eko-Gruppe bereits 2005 fest, dass «die von Titan verursachte Luftverschmutzung verantwortlich für die im nationalen Vergleich deutlich erhöhte Zahl

von Lungenkrebs und anderen Atemwegserkrankungen bei Kindern und Erwachsenen ist».

Keine offiziellen Gesundheitsdaten, aber erhöhte Krebssterblichkeit

Für Beočin gibt es keine offiziellen Gesundheitsdaten; angefragte Ärzt*innen wollten keine Einschätzung abgeben. Verfügbar sind nur Angaben vom serbisch-orthodoxen Friedhof des Städtchens. Von den 99 dort zwischen 2017 und 2019 beigesetzten Personen starben 27 (= 27,3 %) an Krebs. Im Jahr 2018 waren es sogar 36 %. Der serbische Durchschnitt lag im gleichen Zeitraum bei 21 %.

Spasimo Beočin hat auf Facebook zwar über 3000 Follower. Zu Strassenaktionen oder anderem öffentlichem Protest ist es in der Kleinstadt wegen der Angst vor Repressionen und einer Fabrikschliessung bislang trotzdem nicht gekommen. Die Holcim-Kritiker*innen stecken also in einem Dilemma. Das stösst bei den (zumeist sehr jungen) Aktivist*innen aus Kosjerić auf Unverständnis. Kein Wunder, schliesslich haben sie die Titan-Gruppe mit genau diesen Mitteln vor 15 Jahren schon zur Verpflichtung gezwungen, keine gefährlichen Abfälle mehr zu verbrennen. «Wir hingegen konnten noch nicht mal 20 Unterschriften für eine Petition zusammenbringen», erzählt der anonyme Sprecher von Spasimo Beočin. «Alle fürchten um ihre Jobs, was ich für begründet halte. Ohne das Holcim-Werk würde unsere Stadt von der Landkarte verschwinden. Statt sich endlich zu wehren, lassen sich die Leute deshalb lieber vergiften.» ■



Verfallenes Schloss in zerfallender Stadt

Der Deutsche Eduard «Ede» Spitzer war einer der ersten Mitbesitzer der Zementfabrik von Beočin. In den 1880er-Jahren liess er vom Architekten Imre Steindl, der auch das pompöse ungarische Parlamentsgebäude in Budapest entworfen hat, ein Wohnschloss für sich und seine Familie bauen.

1941 zogen die Spitzers zurück nach Deutschland. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das Schloss ebenso verstaatlicht wie die Zementfabrik und danach als Bibliothek, Sitz von Nichtregierungsorganisationen und Restaurant genutzt.

Filmregisseure wie Brian Hutton oder Emir Kusturica nutzten das pittoreske Anwesen als Drehort. Seit über zehn Jahren verfällt das Spitzer-Schloss und wird so – nach der Boom-Zeit – wieder zum Symbol seiner Stadt.

Bern, we have a problem!

Die Schweizer Erdölhändler schrieben 2020 allesamt Rekordergebnisse. Sie profitierten von «chaotischen Märkten», wie die «Financial Times» titelte. Doch der Bundesrat schreibt in seinem jüngsten Rohstoffbericht, der Ölsektor habe stark unter dem letztjährigen Preiszerfall gelitten. Die oberflächliche Analyse ist nicht das einzige Manko des Berichts.

ANDREAS MISSBACH

Ende April rapportierte der Bundesrat über die Umsetzung der Empfehlungen im Rohstoffbericht von 2018. Dieses Update ist mittlerweile die 6. offizielle Verlautbarung, seit Public Eye die Debatte über diese Skandalbranche vor zehn Jahren losgetreten hat. Greifbare Resultate sucht man auch diesmal vergeblich. Zugegeben, wir wären auch bei einer vollständigen Umsetzung der Empfehlungen nicht zufrieden, denn diese waren in Sachen Menschenrechte, Umwelt und Korruption äusserst ambitionslos.

Zu den wenigen konkreten Instrumenten, die im Bericht von 2018 genannt wurden, gehört ein Leitfaden für die Umsetzung der UNO-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte im Schweizer Rohstoffsektor. Public Eye hatte die Erarbeitung dieser Anleitung zur Sorgfaltsprüfung intensiv begleitet. Der nun rapportierte «Fortschritt» beschränkt sich aber auf die Zahl der verteilten Papierkopien und darauf, dass eine Website dazu aufgeschaltet wurde. Dabei wären nach drei Jahren Angaben darüber, welche Firmen sich überhaupt irgendwie auf diesen Leitfaden beziehen, mehr als überfällig, setzt der Bund doch auf eine freiwillige Umsetzung der Sorgfaltspflichten.

«Sehr begrenzte Sorgfaltsprüfung»

Der Handlungsbedarf ist gross. So kommt eine im März 2021 veröffentlichte Studie der «Responsible Mining Foundation», deren Resultate im Umsetzungsbericht gar nicht erwähnt werden, zum für Bundesrat und Konzerne gleichermassen peinlichen Schluss: «Die Sorgfaltsprüfung der Unternehmen in Bezug auf Risiken von Menschenrechtsverletzungen, illegalen Finanzströmen und Umweltauswirkungen ist oft sehr begrenzt.» 10 der 25 dort untersuchten Firmen sind Mitglied der Swiss Trading and Shipping Association (STSA). Die Lobbyorganisation behauptete schon vor drei Jahren, die Branche habe «die heutzutage geforderten Sorgfaltspflichten und Compliance komplett übernommen», und besagter Leitfaden kodifiziere lediglich die bestehende Praxis der Unternehmen.

Eine weitere Enttäuschung betrifft die 2018 versprochenen «Schätzungen (...) zum Umfang der Rohstoffbranche und ihrem Beitrag zur Volkswirtschaft». Diese beschränkt sich auf die Anzahl Arbeitsplätze:

ganze 9800. Immerhin ist jetzt klar, dass die Branche jahrelang mit dreifach aufgeblasenen Zahlen operierte, was Public Eye bereits 2017 moniert und mit Zahlen unterlegt hatte, die der jetzt offiziellen Schätzung sehr nahekommen. Inzwischen wurden die alternativen Fakten auf der Website der STSA korrigiert.

Der Bericht verliert kein Wort über die gerichtlichen Untersuchungen, in die fast alle Schwergewichte des Schweizer Rohstoffhandels verwickelt waren.

Nur mit Amnesie ist zu erklären, dass der Bericht kein Wort über die zahlreichen gerichtlichen Untersuchungen (z.B. Glencore), Schuldeingeständnisse (z.B. Vitol) und Strafbefehle (z.B. Gunvor) verliert, in die fast alle Schwergewichte des Schweizer Rohstoffhandels in den letzten Jahren verwickelt waren. Dabei vermeldete der Bundesrat 2018, dass die «Botschaften in rohstoffreichen Ländern oder Handelszentren» die Medienberichte und öffentliche Debatte verfolgen sollen, «um mögliche Reputationsrisiken für die Schweiz frühzeitig zu erkennen». Entsprechend relevant wäre, was aus Brasilien, Ecuador, Mexiko, Côte d'Ivoire, den beiden Kongos, Grossbritannien oder den USA in die Berner Zentrale gemeldet wurde. Denn alle diese Länder sind von Korruptionsverfahren gegen Schweizer Rohstoffkonzerne betroffen.

Dass der Bund wenigstens in einem Aspekt mit der Sorgfaltsprüfung in eigener Sache vorwärts macht, zeigt die Tatsache, dass die Schweizer Botschaft in Kolumbien ihre Sponsoring-Partnerschaft mit Glencore gestrichen hat. Der Zuger Rohstoffkonzern ist nicht das einzige Opfer der neuen Berner Strenge: «Im Rahmen seiner Sorgfaltsprüfung stellt das EDA den positiven Imagetransfer ins Zentrum», zitiert die «NZZ am Sonntag» das Aussendepartement. «Dieser dürfte mit Firmen aus der Tabak-, Rohstoff- und Rüstungsbranche in aller Regel nicht oder nur unzureichend zu erwirken sein.» Für einmal gehen wir mit der Bundesverwaltung völlig einig. ■

Die Schweiz wäscht immer noch ziemlich weiss

In der Frühjahrssession 2021 hat das Parlament das Geldwäschereigesetz erneut revidiert. Doch das Abwehrdispositiv bleibt löchrig wie ein Schweizer Käse und genügt dem internationalen Standard nicht. Anwält*innen und Berater*innen hätten bei ihren Dienstleistungen für Firmenkonstrukte und Trusts bestimmten Sorgfaltspflichten unterstellt werden sollen. Die parlamentarische Anwaltslobby hat sich erfolgreich dagegen gewehrt.

DAVID MÜHLEMANN

Es war der erste Tag in der Frühjahrssession 2020. Noch vor dem ersten Shutdown und im Schatten der finalen Debatte zum Gegenvorschlag zur Konzernverantwortungsinitiative (KVI) fand die Eintretensdebatte zum Reformvorschlag des Geldwäschereigesetzes (GwG) statt. Sie wurde nicht minder emotional geführt als jene zur KVI, fern jeder Sachlichkeit, und endete für viele Beobachter*innen mit einem überraschenden Resultat. Der Sprecher der nationalrätlichen Rechtskommission (RK-N) eröffnete den Mehrheitsentscheid der Kommission, auf die Revision nicht einzutreten, mit den Worten: «Tatsächlich ist das vorliegende Gesetz nicht ohne Folgen für eine Reihe von Tätigkeiten, insbesondere jene von Rechtsanwälten – deren Berufsgeheimnis würde de facto geschwächt oder glattweg aufgehoben –, oder auch die Tätigkeiten von Treuhändern oder Beratern im weiteren Sinne.» Der Vorschlag von Finanzminister Ueli Maurer stelle einen Angriff auf das Anwaltsgeheimnis dar.

War das tatsächlich die Absicht des Bundesrats? Und worum ging es eigentlich bei der Reform des Geldwäschereigesetzes? Und schliesslich: Warum wird dieses so oft angepasst?

Internationaler Standard zur Bekämpfung von Geldwäscherei

Vor 32 Jahren gründeten zwölf Länder, darunter auch die Schweiz, auf Initiative Frankreichs und der USA, die sogenannte Financial Action Task Force on Money Laundering (kurz FATF). Von dieser kleinen ad-hoc-Gruppe entwickelte sich die FATF zur führenden Expertenorganisation zur Bekämpfung der Geldwäscherei. Mittlerweile umfasst sie 39 Mitglieder und über 160 assoziierte Staaten, die sich in regionalen Gruppen organisiert haben. Seit 1992 evaluiert die FATF die Umsetzung des international anerkannten Mindeststandards in ihren Mitgliedsstaaten in sogenannten Peer-Monitorings; die Mitgliedsstaaten beurteilen sich also gegenseitig. Der Mindeststandard ist in den sogenannten «40 + 9 Empfehlungen» festgehalten. Die Schweiz wurde letztmals 2016 umfassend geprüft. Resultat: Es wurden signifikante Schwachstellen in der

Gesetzgebung und in der Wirksamkeit des Dispositivs zur Bekämpfung der Geldwäscherei festgestellt.

Ein wesentlicher Kritikpunkt der Fachleute der FATF an die Adresse der Schweiz betrifft die mangelhafte Umsetzung von Empfehlung 22, die Sorgfaltspflichten für Tätigkeiten ausserhalb des Finanzsektors verlangt. Demnach sollen Mitgliedsstaaten Pflichten für bestimmte Tätigkeiten von Anwält*innen, Notar*innen sowie anderen unabhängigen Rechtsberufen und Treuhänder*innen einführen, insbesondere bezüglich deren Dienstleistungen für Firmenkonstrukte und Trusts.

Enthüllungen zeigen Handlungsbedarf auf

Etwa zur gleichen Zeit, als die FATF ihren Länderbericht zur Schweiz veröffentlichte, diskutierte die ganze Welt die brisanten Enthüllungen der Panama Papers. Ein Konsortium von Investigativjournalist*innen hatte unzählige Dokumente der panamaischen Anwaltskanzlei Mossack-Fonseca ausgewertet und der Weltöffentlichkeit präsentiert. Das Datenleck zeigte, wie auch Schweizer Anwält*innen und Treuhänder*innen fragwürdige Kunden betreuen und dabei helfen, Firmenstrukturen zu schaffen oder zu verwalten, um Gelder zu verstecken.

Schon heute haben diese Berufsgruppen gewisse Pflichten, diese sind aber sehr eingeschränkt auf Tätigkeiten als «Finanzintermediäre»: Nur wenn Anwält*innen in den Gesellschaften ihrer Klienten Entscheidungsbefugnis oder Zugriff auf die Finanzen haben, sind sie heute dem GwG und dessen Sorgfaltspflichten unterstellt.

Gibt es internationale Kritik an der Schweizer Gesetzgebung – im Bereich der Geldwäscherei- und Korruptionsbekämpfung und anderswo –, folgen die Bundesbehörden oft dem gleichen Muster: Das zuständige Bundesamt erarbeitet Gesetzesänderungen, die jeweils haarscharf die monierten Lücken schliessen. Nach der Beratung im Parlament mit Swiss-Finish- und Musterschüler-Vorwürfen – schwächt die bürgerliche Mehrheit die Vorlage so ab, dass noch immer mehr als genug Spielraum offen ist für Schluameiereien. In der Vergangenheit hat dies zu einer langen Liste an Skandalen geführt: Raubgold, Raubkunst, illegaler

Waffenexport, Geschäfte mit dem Apartheidregime, unzählige Fälle von Geldwäscherei, Potentatengelder, Steuerhinterziehung, Korruption im Rohstoffhandel und auch bei internationalen Sportverbänden. Kurz: Die Schweiz ist ein eigentlicher «Piratenhafen», wie es der Anti-Korruptions-experte Mark Pieth auf den Punkt zu bringen pflegt.

Bundesrat möchte handeln

Zurück zur GwG-Revision: In seiner Vorlage hatte der Bundesrat die FATF-Empfehlung aufgenommen; er wollte die Gesetzeslücke bei der Erbringung von Beratungsdienstleistungen im Zusammenhang mit der «Gründung, Führung oder Verwaltung von Gesellschaften oder Trusts» schliessen. Das Finanzdepartement (EFD) war sich der Problematik rund um das Berufsgeheimnis von Anwalt*innen und Notar*innen durchaus bewusst. In seiner Botschaft hielt der Bundesrat nämlich fest: «Eine Ausnahme von der Meldepflicht besteht folglich immer dann, wenn die Dienstleistung von einer Anwältin oder einem Anwalt, einer Notarin oder einem Notar erbracht wird und die zu meldenden Daten dem Berufsgeheimnis unterliegen.» Von wegen Angriff auf das Anwaltsgeheimnis ...

Die Anwaltslobby im Bundeshaus ist stark; gemessen an der Gesamtbevölkerung, ist die Berufsgruppe mit 30 von 246 Mitgliedern in der Bundesversammlung

massiv übervertreten. Erst recht ist das natürlich in den Rechtskommissionen der Fall. Bekanntlich fallen die Entscheidungen in den vorberatenden Gremien; das war auch bei dieser Vorlage der Fall. Wie eingangs erwähnt, hatte die nationalrätliche Rechtskommission zunächst, wenn auch knapp, Nichteintreten beschlossen. An jenem 2. März 2020, nach der emotional geführten Debatte und übereifrigen Plädoyers für den Schutz des Berufsgeheimnisses, folgte ihr die Mehrheit des Nationalrats mit 107:89 Stimmen. Dies grenzt an Arbeitsverweigerung.

Anwaltslobby geht auf tutti

Auch in der Rechtskommission des Ständerats (RK-S) sitzen naturgemäss viele Anwalt*innen. Deren Präsident liess noch während des ersten Lockdowns vom EFD Varianten ausarbeiten, um die Beraterklausel noch mehr zu schwächen oder ganz zu streichen. Das Departement kam in seinem entsprechenden Papier erst noch zum Schluss, dass eine Streichung auf der Seite der FATF mit grosser Wahrscheinlichkeit keine Entrüstung auslösen würde. Daher war es für die Mehrheit der RK-S wohl schnell klar, dass sie den Vorschlag des Bundesrates im Ständerat ohne Beraterklausel durchboxen wollte.

Unterstützt durch entsprechende Voten im Rat, setzen sich die Anwalt*innen und Treuhänder*innen dann auch



durch: Die Bestimmung wird gestrichen. Als brisant stellt sich aber eine Ergänzung der Vorlage durch die RK-S heraus. Eine knappe Mehrheit (6:5) hatte nämlich beantragt, den sogenannten begründeten Verdacht gesetzlich zu definieren. Also diejenige Schwelle, die entscheidet, ab wann Banken und andere Finanzintermediäre einen Geldwäschereiverdacht der Meldestelle für Geldwäscherei (MROS) melden müssen. Der im Ständerat angenommene Text hätte zur Folge gehabt, dass die Verdachtsschwelle neu derart hoch angesetzt worden wäre, dass die Finanzmarktaufsicht (FINMA) via «NZZ» Alarm schlug: «Selbst offensichtlich krasse Fälle, zum Beispiel im Kontext von 1MDB, Petrobras und Fifa, müssten nicht mehr gemeldet werden.» Drei der grössten Korruptionsskandale wären also in der Schweiz ohne Folgen geblieben. Ob die Formulierung von der RK-S bewusst so gewählt wurde ... ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

Letzter Akt in zwei Teilen

Als die nationalrätliche Rechtskommission die Vorlage aus dem Ständerat wieder auf den Tisch bekommt, nun ohne Beraterklausel, beschliesst sie zunächst ebenfalls Eintreten. Nach der Detailberatung und weiterer Zerstückelung der ursprünglichen Vorlage, so dass kaum mehr die ursprüngliche Absicht erkennbar ist, die FATF-Empfehlungen umzusetzen, lehnt sie die Vorlage in der Schlussabstimmung jedoch ab. Das Projekt droht erneut zu scheitern.

Nach Rückweisungsantrag, nochmaliger Beratung und Einigung zwischen Mitte und Rechts kommt die GwG-Revision am 1. März 2021 endlich wieder in den Nationalrat. Die rechts-bürgerliche Mehrheit setzt sich fast überall durch – nur in Bezug auf die Definition des «begründeten Verdachts» kommt ein Vorschlag von Links durch. Dieser verlangt die Übernahme der bundesgerichtlichen Rechtsprechung. Diese Differenz nimmt dann auch der Ständerat an, so dass das Gesetz am Ende der Session durchgewunken wird.

Weiterhin Löcher im Käse

Die aktuelle Situation mahnt an den Streit um das Bankgeheimnis, als die Schweiz versuchte, möglichst lange den Kopf in den Sand zu stecken – bis der internationale Druck den Sand wegfegte und der Bundesrat rasch handeln musste. Was ursprünglich als Angleichung an einen internationalen Standard gedacht war, drehte die bürgerliche Parlamentsmehrheit – einmal mehr – ins komplette Gegenteil um. Finanzminister Ueli Maurer ist nun gefordert, schnell eine neue Vorlage auszuarbeiten, soll die Schweiz international nicht ganz ins Abseits geraten. Darin müssen unbedingt auch Sorgfaltspflichten für Berater*innen enthalten sein. Gegen das Image als sicherer Hafen für illegale Vermögenswerte und Geschäfte würde es zudem helfen, wenn endlich ein öffentliches Register der Eigentümer*innen und wirtschaftlich Berechtigten von Trusts, Unternehmenskonstrukten und Briefkasten-

firmen eingeführt würde. Auf weitere Skandale zu warten, die den internationalen Druck auf die Schweiz erhöhen, könnte die Schweiz teuer zu stehen kommen. ■

So funktioniert Korruption «Made in Switzerland»

Korruption und Geldwäscherei berauben die Länder des Südens wichtiger Ressourcen. In einem umfangreichen Online-Dossier beleuchtet Public Eye die Rolle der Schweiz.

1MDB, Lava Jato, die Panama Papers oder PDVSA: Alle grossen internationalen Korruptionsskandale der jüngsten Zeit haben ihre Wurzeln in der Schweiz. Schweizer Unternehmen verantworten korrupte Aktivitäten im Ausland, Schweizer Banken verwalten illegale Vermögenswerte oder sind in Geldwäschereifälle verwickelt. Trotz Dementi der Behörden bleibt die Schweiz ein Hort der Wirtschaftskriminalität.

Was sind die Mechanismen der Korruption «Made in Switzerland»? Wer sind seine Förderer und Opfer? Warum hat unsere Gesetzgebung mehr als 20 Jahre nach der Verabschiedung der UN-Konvention und der OECD-Konvention gegen Korruption immer noch so viele Löcher wie ein Emmentaler Käse? Auf seiner Website widmet Public Eye ein ausführliches Dossier der Rolle der Schweiz in diesem Übel, das unsere Gesellschaften zersetzt und benachteiligte Länder um das Einkommen bringt, das ihnen ermöglicht, Grundrechte wie das Recht auf Gesundheit oder Bildung in Anspruch zu nehmen.

Public Eye schlägt auch Mittel zur effektiven Bekämpfung von Korruption und Geldwäsche vor. Es reicht nicht, wenn in den Ländern des Südens Massnahmen ergriffen werden. Auch reiche Länder wie die Schweiz müssen ihre Verantwortung wahrnehmen und die Gesetzeslücken schliessen, die solche Praktiken erst ermöglichen. Und die Schweiz muss aufholen, indem sie ein öffentliches Register der wirtschaftlichen Nutzniesser von Unternehmen einrichtet. Reformen braucht es zudem bei der Strafverfolgung, bei den Sanktionen und bei der Transparenz.



Lesen Sie unser Webdossier zu
Korruption und Geldwäscherei:
publiceye.ch/korruption



Corona-Lage in Kambodschas Textilindustrie spitzt sich zu

Weil die Textilarbeiter*innen in den Fabriken und auf dem Arbeitsweg ungenügend geschützt sind, trifft sie Covid-19 besonders stark.

ELISABETH SCHENK

Obwohl die Textilarbeiter*innen in Kambodscha Ende März eine erste Rückzahlung der ausstehenden Dienstaltersprämien erhalten haben (siehe Magazin Nr. 29 vom April 2021), hat sich ihre Situation diesen Frühling massgeblich verschlechtert. Insbesondere in den Industriezentren von Phnom Penh und in der Provinz Kandal – in den zwei Regionen liegen rund 60% der Textilfabriken Kambodschas – sind die Covid-19-Ansteckungen rasant gestiegen. Unzureichende Schutzmassnahmen haben die Fabriken in Pandemie-Hotspots verwandelt. Das Arbeitsministerium berichtete am 28. April, dass sich 1600 Textilarbeiter*innen aus 206 Fabriken infiziert hatten – etwa 17 000 mussten in Quarantäne. Laut Medienberichten sind 13,2% aller seit 2020 registrierten Ansteckungen bei Textilarbeiter*innen aufgetreten, dabei machen diese gerade einmal 3,8% der Bevölkerung aus.

Die Menschen in den besonders betroffenen Regionen, den roten Zonen, mussten vom 12. April bis teilweise zum 19. Mai in einen kompletten Lockdown. Im Austausch mit den Gewerkschaften C.CAWDU, CATU und der Nichtregierungsorganisation Central erfuhr Public Eye, dass den Menschen das Essen ausging und sie bei ihren Nachbarn um Reis bitten mussten. Sie durften ihre Wohnungen nicht verlassen, um Nahrungsmittel zu kaufen. Die nur punktuell gelieferten Hilfspakete der Regierung reichten bei Weitem nicht aus, um eine ausreichende Versorgung zu gewährleisten, weshalb die Gewerkschaften Nahrungsmittel einkauften und verteilten.

Bei einer Befragung Ende April in einem Stadtteil von Phnom Penh gaben 77% von 193 befragten Einwohner*innen an, sie würden zu wenig Essen haben, 68% hatten seit dem Lockdown kein Einkommen. Gemäss den Gewerkschafter*innen Tharo Khun und Athit Kong hatten die Textilarbeiter*innen für April mehrheitlich nur die Hälfte des Monatslohns erhalten.

Selbst für Miete und Essen fehlt das Geld

Internationale Modemarken nehmen auch in der zweiten Covid-19-Welle ihre Verpflichtung nicht ausreichend wahr, dafür zu sorgen, dass die Arbeiter*innen, die ihre Kleidung herstellen, den gesetzlichen Mindestlohn erhalten. Deshalb wissen nun viele Textilarbeiter*innen nicht, wie sie ihre Miete zahlen, Essen kaufen, geschweige denn für Gesundheitskosten aufkommen sollen. Erst nach Protesten der Arbeiter*innen erklärte sich die Regierung Mitte Mai bereit, während der Lockdownperiode Textilarbeiter*innen umgerechnet 40 US-Dollar als Lohnkompensation zu bezahlen. Damit lassen sich die Grundbedürfnisse allerdings nicht decken.

Mit der Kampagne #PayYourWorkers fordern Public Eye und die Clean Clothes Campaign von den globalen Modeunternehmen, die Zahlung der Löhne sicherzustellen, damit die Arbeiter*innen ihre Grundbedürfnisse decken können. Ferner müssen die Unternehmen gewährleisten, dass die Fabriken, in denen ihre Produkte hergestellt werden, die Schutzmassnahmen einhalten, da in den engen Textilfabriken und auf dem Arbeitsweg auf Kleinlastwagen das Risiko der Ansteckung besonders hoch ist. ■



Unterstützen Sie unsere Forderungen, indem Sie unsere Petition unterzeichnen:
publiceye.ch/payyourworkers



Warten auf den Covid-Test in der roten Zone von Phnom Penh



Recht auf Gesundheit für alle zu garantieren, heisst Pharmakonzerne regulieren

Wenn Pharmakonzerne die Medikamentenversorgung kontrollieren, ist das Recht auf Gesundheit nicht gewährleistet. Der Schutz der Menschenrechte gehört aber zu den Aufgaben des Staats. Public Eye plädiert deshalb für ein grundlegendes Umdenken, wenn es um das Verhältnis zwischen Staat und Pharmaindustrie geht.

GABRIELA HERTIG

Wer erkrankt, erhofft sich Linderung oder Heilung dank guter Gesundheitsversorgung und wirksamer Medikamente. Doch was, wenn es an Medikamenten fehlt, weil deren Entwicklung nicht lukrativ genug ist für die Pharmakonzerne? Oder wenn Medikamente zwar vorhanden wären, aber nicht erschwinglich sind?

Weltweit haben heute laut UNO rund 2 Milliarden Menschen keinen Zugang zu essenziellen Medikamenten, weil sie nicht entwickelt werden oder weil die Preise unerschwinglich hoch sind. Die Kontrolle über die Entwicklung und den Zugang zu Medikamenten liegt aktuell bei der Pharmaindustrie, und diese stellt ihre Profitinte-

ressen über die öffentliche Gesundheit. Gestützt durch die Ideologie des freien Marktes erscheint diese Tatsache erstaunlich oft als allenfalls bedauerliche, aber dennoch unvermeidliche Ordnung der Dinge.

In der öffentlichen Debatte und den politischen Entscheidungen wird dabei aber vergessen, dass der Staat die menschenrechtliche Pflicht hat, das Recht auf Gesundheit für alle zu garantieren. Auch die Tatsache, dass die Medikamentenversorgung in den Händen von privaten Unternehmen ist, befreit den Staat nicht von dieser Schutzpflicht. Er muss vielmehr dafür sorgen, dass die Konzerne ihre Verantwortung im Sinne des öffentlichen Interesses wahrnehmen.

WIE ES AKTUELL LÄUFT: DIE KONTROLLE LIEGT BEI DEN PHARMAKONZERNEN

An neuen Wirkstoffen und Behandlungen wird nicht nur in der Industrie, sondern auch an Hochschulen oder in Universitätsspitalern geforscht – unter grossem Einsatz von öffentlichen Geldern. Oft entstehen daraus Start-ups und die Innovationen werden durch Patente geschützt. Patente belohnen die Entwicklung von Erfindungen, indem sie eine staatlich geschützte Monopolstellung von mindestens 20 Jahren garantieren.

Pharmakonzerne erwerben die Rechte an öffentlich finanzierten, patentierten Entwicklungen und kommerzialisieren sie im grossen Stil. Oft versuchen sie weitere Patente zu beantragen und damit die Monopolstellung verschiedener Produkte künstlich zu verlängern. Für Behandlungen, deren Kommerzialisierung in der Profitlogik der Pharmakonzerne nicht attraktiv ist, werden weitere öffentliche Mittel mobilisiert, um die Grundversorgung zu garantieren. So beispielsweise für die Impfstoffentwicklung – ein Gebiet, das ausser in Zeiten einer globalen Krise aus Sicht der Industrie nicht sehr lukrativ ist.

Mit rund 8,2 Milliarden Franken machen die Medikamente aktuell etwa ein Viertel aller Kosten der obligatorischen Krankenkasse aus.

Damit nicht genug: Die Öffentlichkeit bezahlt noch ein drittes Mal, nämlich beim Endpreis des Produkts. In der Schweiz wird dieser zwischen dem Bundesamt für Gesundheit BAG und den Pharmakoncernen ausgehandelt, doch die Behörden haben eine schwache Verhandlungsposition. Denn ihre Abhängigkeit von den Pharmakoncernen, die staatlich garantierten Privilegien der geistigen Eigentumsrechte, die fehlenden Auflagen bei der Vergabe von Steuergeldern sowie die mangelnde Transparenz führen zu einem immensen Machtungleichgewicht zugunsten der Konzerne. Trotzdem ist es am Ende dieser Preis, den die Krankenkassen und damit die Bevölkerung durch den Selbstbehalt, hohe Prämien oder die gänzlich eigene Übernahme der Kosten bei fehlender Rückvergütung zahlen müssen.

Derzeit laufen in Bundesbern Verhandlungen, um die explodierenden Gesundheitskosten zu senken. Dabei geht es auch um die hohen Medikamentenpreise: Mit rund 8,2 Milliarden Franken machen die Medikamente aktuell etwa ein Viertel aller Kosten der obligatorischen Krankenkasse aus, drei Viertel davon betreffen patentierte Medikamente. Der Bundesrat schlägt nun vor, dass

sich die Schweiz gemeinsam mit der Pharmaindustrie ins Hinterzimmer begibt und unter Ausschluss der Öffentlichkeit Geheimrabatte aushandelt, die zudem nicht über das Öffentlichkeitsgesetz einsehbar sein sollen. Damit erhofft sich der Bundesrat offenbar, dass er die Kosten senken kann. Doch die Erfahrung zeigt: Intransparenz stärkt vor allem die Macht der Pharmakonzerne. Der Bundesrat begibt sich dadurch in eine immer verheerendere Abhängigkeit von der Pharmaindustrie.

WIESO SICH DAS ÄNDERN MUSS: DER STAAT HAT EINE SCHUTZPFLICHT, AUCH FÜR DAS RECHT AUF GESUNDHEIT UND DEN ZUGANG ZU MEDIKAMENTEN

Das Recht auf Gesundheit ist im Art. 25 der Menschenrechtserklärung von 1948 sowie im Art. 12 des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (UNO-Pakt 1) verankert und umfasst auch den Zugang zu essenziellen Medikamenten. Das heisst, wichtige Medikamente müssen verfügbar, zugänglich, erschwinglich und von guter Qualität sein. Die Schweiz hat den UNO-Pakt 1 ratifiziert und ist somit verpflichtet, diesen einzuhalten. Dies sowohl national in Bezug auf die Schutzpflicht für die eigene Bevölkerung als auch international bezüglich einer menschenrechtskonformen Aussenpolitik.

Zudem machen die vom UNO-Menschenrechtsrat 2011 einstimmig gutgeheissenen Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte deutlich, dass auch eine Privatisierung von Dienstleistungen den Staat nicht davon befreit, dass er die primäre Verantwortung hat, Menschenrechte zu schützen und zu gewährleisten. In der Politik muss er zudem ausreichenden Spielraum sicherstellen, sodass andere Politikziele, wie beispielsweise Handelsabkommen, die Wahrnehmung dieser Verantwortung nicht gefährden. Unternehmen hingegen haben die Verantwortung, die Menschenrechte in ihren Geschäftstätigkeiten zu respektieren, was mit dem politischen Ziel der Konzernverantwortung rechtlich verbindlich geregelt werden soll.

Es gibt gute Gründe, wieso die Grundversorgung – Gesundheit, Bildung, Wasserversorgung oder Sicherheitsdienste wie Polizei und Militär – Aufgabe der Staaten ist, denn diese ist oft nicht kompatibel mit einem engen Fokus auf finanzielle Gewinnmaximierung der Privatakteure. Wenn nun ein Staat entscheidet, dass er die Medikamentenversorgung Privaten überlässt, muss er sicherstellen, dass er weiterhin das Recht auf Gesundheit für alle gewährleisten kann.

Gleichzeitig darf er mit seiner Aussenpolitik nicht die Entwicklung und den Zugang zu Medikamen-



Sitz von Novartis am Rhein in Basel.

© Mark Henley/Panos

ten anderswo behindern. Es ist daher die Aufgabe des Staates, eine wirksame Aufsicht über die privatisierte Medikamentenversorgung sicherzustellen und damit die Kontrolle über die Aktivitäten der Pharmakonzerne zu behalten. Nur so kann er seine menschenrechtliche Schutzpflicht erfüllen, auch wenn er entscheidet, einen Teil davon an private Akteure zu delegieren. Für die Pharmakonzerne heisst das, dass sie wie alle Konzerne Menschenrechte respektieren müssen. Zusätzlich müssen sie aber dazu verpflichtet werden, die ihnen übertragene Schutzverantwortung für die Medikamentenversorgung zu erfüllen.

WAS ES JETZT DRINGEND BRAUCHT: EIN UMDENKEN UND MASSNAHMEN IN VERSCHIEDENEN REGULATORISCHEN FELDERN

Die Schweiz hat wie die grosse Mehrheit der Industriestaaten einen Teil ihrer menschenrechtlichen Schutzpflicht für das Recht auf Gesundheit ohne Bedingungen, aber gestützt durch Privilegien, an die Pharmakonzerne ausgelagert. Absurderweise begegnet die Regierung ihrer Ab-

hängigkeit von den Regeln der Pharmaindustrie und dem Machtungleichgewicht mit noch mehr öffentlichen Geldern und weiterer Intransparenz. Deshalb braucht es jetzt ein Umdenken: Die zusätzliche menschenrechtliche Schutzverantwortung muss explizit delegiert werden, sie muss rechtlich geregelt sein und es braucht Sanktionsmöglichkeiten.

In der Folge ergeben sich mehrere regulatorische Felder, die die Schweiz aus Sicht von Public Eye bearbeiten müsste:

Transparenzvorschriften: Die politische Einflussnahme von Pharmakonzernen muss transparent sein und unter Umständen eingeschränkt werden. Diese verhindert nämlich systematisch mehr Transparenz in wichtigen Bereichen wie den Forschungs- und Entwicklungskosten, klinischen Studien und in Preisverhandlungen und damit wirksame Aufsicht durch die Öffentlichkeit und die Regierung.

Korruptionsrisiken: Durch das intensive Lobbying und die enge Verknüpfung der Pharmakonzerne mit dem Parlament und der Regierung, beispielsweise durch die Finanzierung von Parteien, einzelner Akteure oder staatlicher Institutionen, ergeben sich grosse Korruptionsrisiken. Diese müssen erfasst, diskutiert und reguliert werden.



Turm von Roche am Rhein in Basel.

Öffentliche Investitionen: An die Vergabe von öffentlichen Geldern für die Entwicklung von Medikamenten und die Durchführung klinischer Versuche müssen Bedingungen geknüpft werden, insbesondere in Bezug auf die Verfügbarkeit dieser Endprodukte zu einem erschwinglichen Preis.

Forschungsprioritäten: Für die Grundversorgung mit medizinischen Produkten muss sichergestellt werden, dass Pharmakonzerne auch neue Antibiotika, Impfungen und Behandlungen für vernachlässigte Infektionskrankheiten entwickeln, anstatt dass diese konstant durch weitere bedingungslose öffentliche Finanzierung, nicht-profitorientierte Initiativen oder aber durch philanthropische Organisationen ohne demokratische Kontrolle entwickelt werden.

Patentierung: Es muss verhindert werden, dass Pharmakonzerne das Patentsystem und damit ein staatlich geschütztes Privileg ausnutzen, um ihre Monopolstellung ungerechtfertigterweise zu stärken und zu verlängern.

Kohärenz in der Aussenpolitik und internationalen Abkommen: Generell muss die Schweiz sicherstellen, dass sie mit ihrer Politik, beispielsweise in Bezug auf

den Schutz des geistigen Eigentums, nicht die Gewährleistung des Menschenrechts auf Gesundheit behindert oder verunmöglicht.

Fragen der Transparenz, Korruption und öffentlichen Investitionen sind prioritäre Aufgaben, welche national angegangen werden können. Forschungsprioritäten oder Fragen der Patentierung erfordern eine zusätzliche internationale Koordination, da sie EU-weit geregelt sind oder nicht nur die Grundversorgung in der Schweiz betreffen. Zuallererst geht es jetzt aber darum, dass die Schweiz ihre menschenrechtliche Verantwortung wahrnimmt und realisiert, dass eine private Medikamentenversorgung die Regulierung und Kontrolle der Pharmakonzerne bedingt. Nur so lässt sich das Recht auf Gesundheit für alle garantieren. ■

An aerial photograph showing four farmers in a field, each wearing a backpack sprayer and holding a long nozzle, spraying a crop. The field is divided into rows, and the ground is a mix of brown soil and green plants. The farmers are wearing colorful clothing: one in a red jacket, one in a blue jacket, one in a dark jacket with a red cap, and one in a pink jacket. The overall scene is a busy agricultural landscape.

Dünger-Drehscheibe Schweiz: Einblicke in einen ebenso profitablen wie problematischen Sektor

Kunstdünger steigert kurzfristig die landwirtschaftlichen Erträge. Sein stetig steigender Einsatz bringt aber gravierende Probleme mit sich: Die Stoffe sind in der Herstellung unglaublich energieintensiv, in grossen Mengen ruinieren sie die Böden und sie tragen wesentlich zum Verlust der Artenvielfalt und zum Klimawandel bei. Die Schweiz ist eine Drehscheibe für das ebenso diskrete wie lukrative Geschäft mit dem Kunstdünger, dessen negativen Auswirkungen von der Politik bislang weitgehend vernachlässigt werden.

CARLA HOINKES UND TIMO KOLLBRUNNER

1. DIE ANFÄNGE

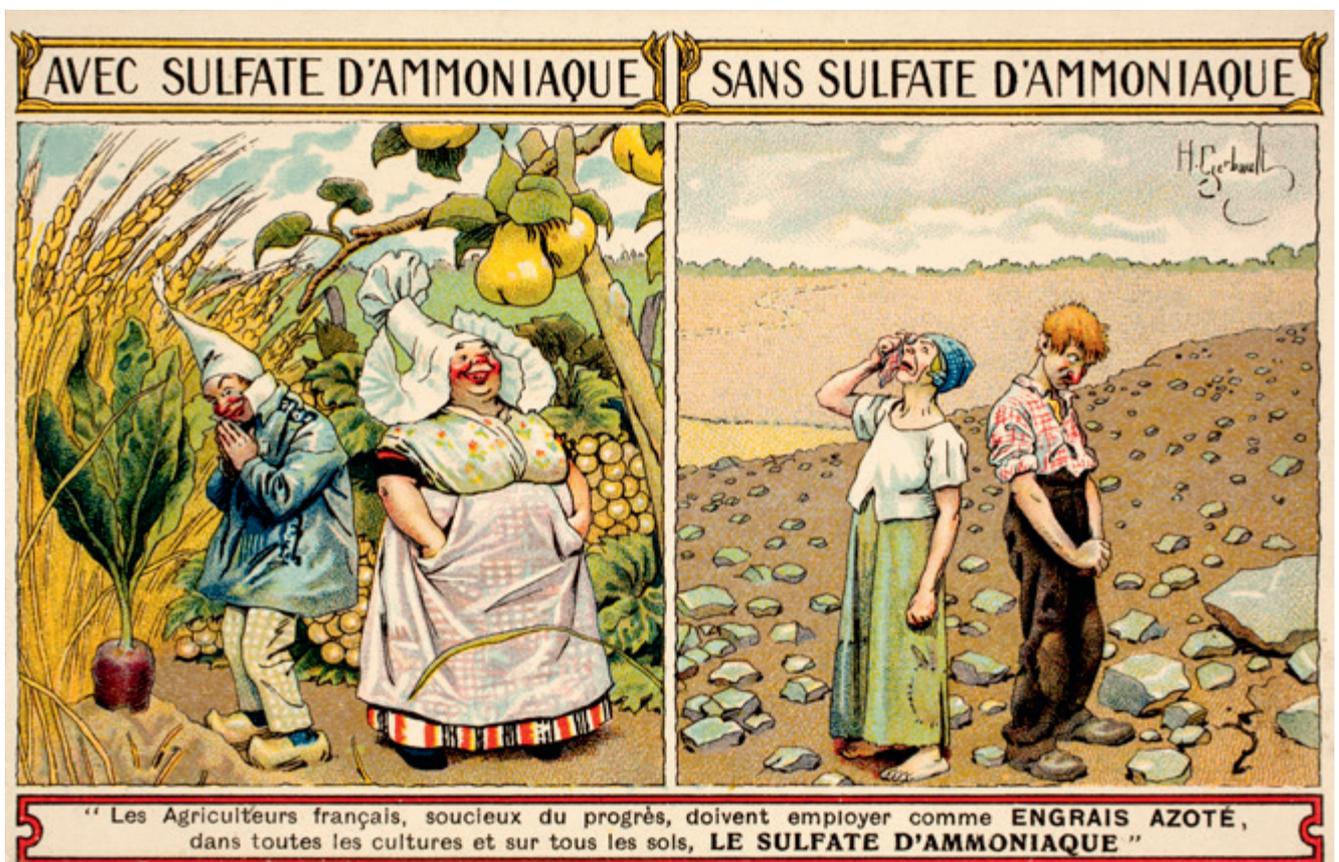
Regelmässig bewirtschaftete Böden können die nötigen Pflanzennährstoffe auf Dauer nicht ohne weitere Massnahmen zur Verfügung stellen, sie werden ausgelaugt. Daher werden seit Tausenden von Jahren diverse Methoden und Düngemittel entwickelt, um die Fruchtbarkeit aufrechtzuerhalten und Erträge zu steigern. Erstmals wurde im 19. Jahrhundert im grossen Stil international damit gehandelt. So wurde der effektive «Guano»-Dünger – vertrocknete Vogelexkremente, die sich über Jahrhunderte auf den peruanischen Chincha-Inseln angesammelt hatten – abgebaut und nach Europa und in alle Welt verschifft. Doch bereits um 1870 waren die Guano-Vorräte praktisch erschöpft (und der Lebensraum der Seevögel durch den Abbau ruiniert).

Um die Ernährung der weiter steigenden Bevölkerung zu sichern, suchte man im Europa des frühen 20. Jahrhunderts fieberhaft nach Alternativen. Die Lösung kam 1909 von den deutschen Chemikern Fritz Haber und Carl Bosch. Es gelang ihnen, den in der Luft reichlich vorhandenen Stickstoff in grossem Stil in Ammoniak umzuwandeln, den Grundstoff für den ersten industriell produzierten synthetischen Stickstoffdünger. Bis heute wird dieser mittels Ammoniak-Synthese nach «Haber-Bosch» hergestellt. Fritz Haber ging trotz dieser

Errungenschaft als umstrittene Figur in die Geschichte ein. Denn seine Leidenschaft galt nicht nur der Ernährung der Bevölkerung, sondern auch dem Krieg: Mittels Haber-Bosch-Verfahren stellte er im ersten Weltkrieg die Versorgung der deutschen Armee mit Salpetersäure sicher, dem knappen Grundstoff für Schiesspulver und Sprengstoff. Später erfand er den Gaskrieg: Er entdeckte die Qualitäten des Chlorgases als Kampfstoff und organisierte eigenhändig den Einsatz der ersten chemischen Massenvernichtungswaffe an der Front, wo das Giftgas Zehntausende Opfer forderte. Haber trug mit seiner «Deutschen Gesellschaft für Schädlingbekämpfung» auch zur Etablierung des chemischen Pflanzenschutzes als eigenem Industriezweig bei.

Auftakt zur «Grünen Revolution»

Erst nach Ende des zweiten Weltkriegs sollte Habers erste Erfindung, der synthetische Stickstoffdünger, die Welt erobern und die sogenannte «Grüne Revolution» einläuten. In Kombination mit neu gezüchteten, reich tragenden Getreidesorten und den neuartigen chemischen Pestiziden bewirkte der Dünger grosse Ertragssteigerungen – entsprechend schnell verbreitete er sich. Bald wurde durch den Bergbau auch die Produktion von Phosphor- und Kalidüngern, neben Stickstoff die wichtigsten Düngstoffe, vorangetrieben (siehe Grafik Seite 32). →



Ammoniumsulfat macht den Unterschied: Bereits um 1910 propagierte die Werbung in Frankreich den Einsatz des damals raren Zusatzstoffs als Stickstoffdünger, «bei allen Kulturen und auf allen Böden».



Ein globales Geschäft: Arbeiter beim Freischaufeln von Volldünger aus Thailand in einer Lagerhalle im nigerianischen Lagos.

© Keystone/Cavan Images/Peter Essick

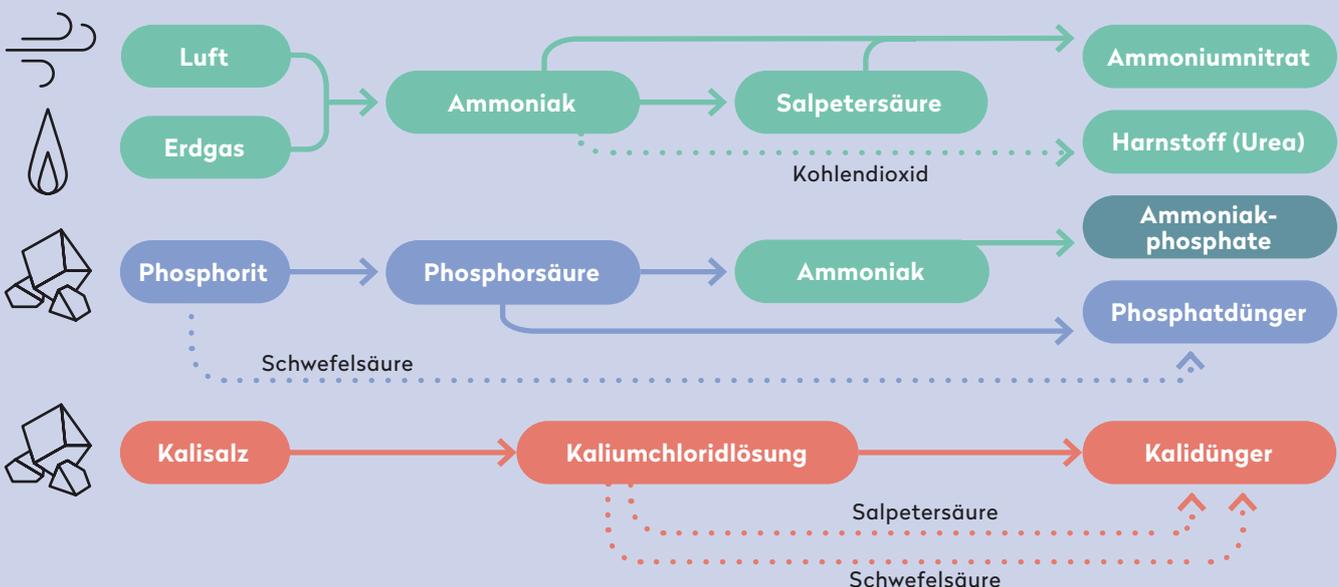
Herstellung der drei wichtigsten Kunstdünger

Dünger fördern das Wachstum, den Ertrag und die Qualität von Pflanzen. Neben den drei Hauptnährstoffen Stickstoff, Phosphor und Kalium benötigen Pflanzen auch Schwefel, Calcium und Magnesium sowie viele Mikronährstoffe. Bei organischer Düngung werden die Nährstoffe etwa aus tierischem Dung, pflanzlichen Abfällen oder Asche gewonnen. Die synthetischen Kali- und Phosphatdünger beruhen auf Bergbau, beim synthetischen Stickstoffdünger dient Erdgas als Ausgangsstoff für die Ammoniaksynthese. Entsprechende Nährstoffe werden sowohl einzeln wie auch in unterschiedlichsten Kombinationen angeboten. Verbreitet sind etwa Phosphate gemischt mit Ammoniak oder Volldünger, die alle drei Hauptnährstoffe enthalten.

Stickstoff (N für Nitrogen): Baustein für die Photosynthese, fördert das Wachstum der Pflanzen.

Phosphor (P): Energieträger, fördert das Wachstum der Wurzeln.

Kalium (K): Bildung von Kohlehydraten, Stärkung von Widerstandskraft und Stammwachstum.



2. DER STICKSTOFFBOOM

Als Folge der «Grünen Revolution» – der Einführung der modernen Hochertragslandwirtschaft – stieg die Verwendung synthetischer Düngemittel zwischen 1961 und 2018 laut der Welternährungsorganisation FAO um das Sechsfache, wobei sowohl Produktion wie Verwendung geografisch stark konzentriert sind (siehe Grafik Seite 34). Einen Boom erlebte vor allem der Stickstoffdünger: Während die Menge an Phosphordüngern von 11 Millionen Tonnen im Jahr 1961 auf 41 Millionen im Jahr 2018 anstieg, erhöhte sich die Menge an stickstoffbasierten Düngemitteln im gleichen Zeitraum beinahe um das Zehnfache, von 11 auf fast 109 Millionen Tonnen jährlich. Das erklärt sich unter anderem durch die kurzfristig stark ertragssteigernde Wirkung, die vergleichsweise günstigen Preise und die breite Verfügbarkeit.

Dabei ist die Stickstoffdüngung von der Herstellung bis zum Feld erstaunlich ineffizient. Die Ammoniak-synthese nach Haber-Bosch ist trotz einiger Fortschritte auch heute noch äusserst energieaufwendig und verbraucht Unmengen an Erdgas. So macht die Herstellung von Stickstoffdünger rund die Hälfte des Energiebedarfs der kommerziellen Landwirtschaft weltweit aus und 2 % des gesamten globalen Energieverbrauchs. Bei der Anwendung wird im globalen Durchschnitt weniger als die Hälfte des Stickstoffs überhaupt von der Nutzpflanze aufgenommen – Tendenz sinkend. Denn die Nährstoffaufnahme-fähigkeit von Pflanzen wird in überdüngten sowie durch Überbewirtschaftung oder Pestizide degradierten Böden beeinträchtigt. In der Folge gehen Unmengen des Nährstoffs in der Umwelt verloren.

Schliesslich gehen mehr als 80 % des Stickstoffdüngers in die Tierproduktion, über den Anbau von Futtermitteln und die Düngung von Grasflächen. Das Haber-Bosch-Verfahren ermöglichte so überhaupt erst die heutige Form industrieller Massentierhaltung in grossen geschlossenen Futteranlagen, die eine starke Zunahme der Produktion tierischer Lebensmittel zufolge hatte. Die grossen Mengen an tierischem Dung verschmutzen wiederum die Umwelt.

Erstickte Vielfalt

Die Folge des schier unglaublichen Stickstoffverschleisses ist, dass wir durch unsere Aktivitäten den natürlichen Stickstoffkreislauf verdoppelt haben. Mit keinem anderen Element haben wir die Atmosphäre derart angereichert wie mit Stickstoffverbindungen, primär mit Stickoxiden (NO_x). Neben fossilen Brennstoffen und industriellen Verfahren sind synthetische Düngemittel die wichtigste Ursache für NO_x-Emissionen. Stickoxide verschlechtern die Luftqualität und tragen ganz wesentlich zu gesundheitsschädigender Feinstaubbildung, der Zerstörung der Ozonschicht und zum Klimawan-

del bei. Distickstoffmonoxid (Lachgas) ist ein 300-mal potenteres Klimagas als Kohlenstoffdioxid und verweilt rund 120 Jahre in der Atmosphäre. Als dritt wichtigstes Treibhausgas nach CO₂ und Methan trägt es heute rund 10 % des Treibhauseffekts bei.

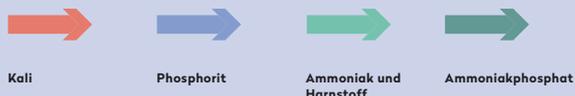
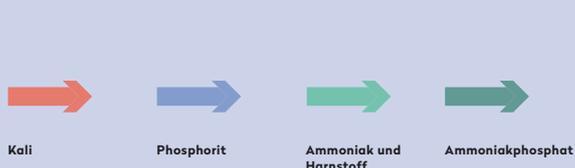
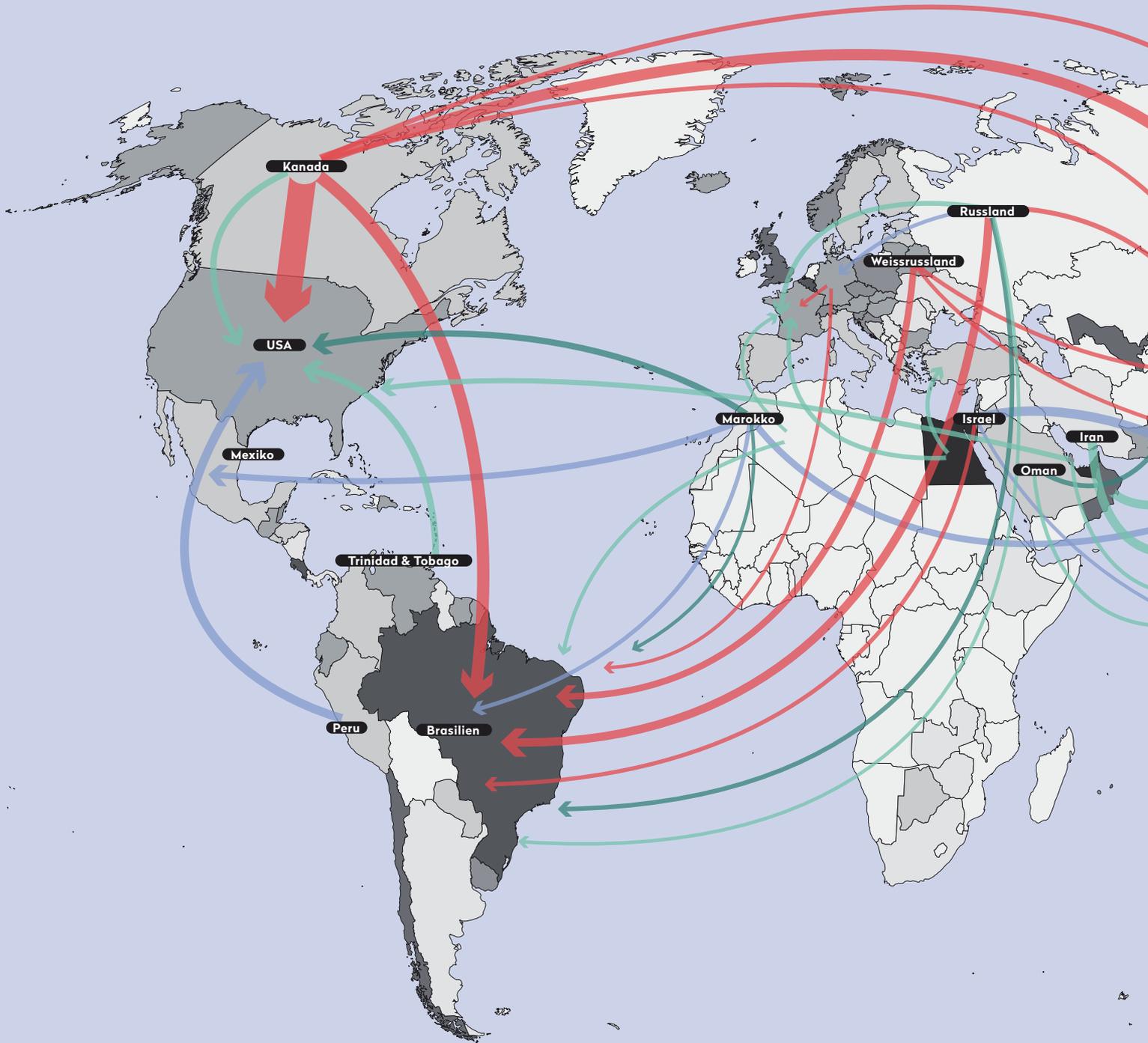
Zudem gelangen die massiven Stickstoff- (wie auch Phosphor-)Überschüsse aus der Landwirtschaft in die Umwelt, die Flüsse, Seen und das Meer und beeinträchtigen die Boden- und Trinkwasserqualität erheblich. 2019 führten Forscher*innen den weltgrössten Teppich aus Sargassum-Algen, der sich über 8850 Kilometer vom Golf von Mexiko über Brasiliens Nordküste bis nach Westafrika erstreckte, auf eine toxische Kombination aus Klimaerwärmung und synthetischen Düngern zurück. Phosphor und insbesondere Stickstoff fördern weit über die Landwirtschaft hinaus das ungleiche Wachstum bestimmter Pflanzen und gefährden die Biodiversität damit massiv: Kürzlich wurde Stickstoff als dritt wichtigste Ursache für das globale Artensterben identifiziert. 2019 beschrieb das UNO-Umweltprogramm UNEP das Stickstoffproblem, das «ausserhalb wissenschaftlicher Kreise weitgehend unbekannt und unerkant» sei, als «alarmierend».

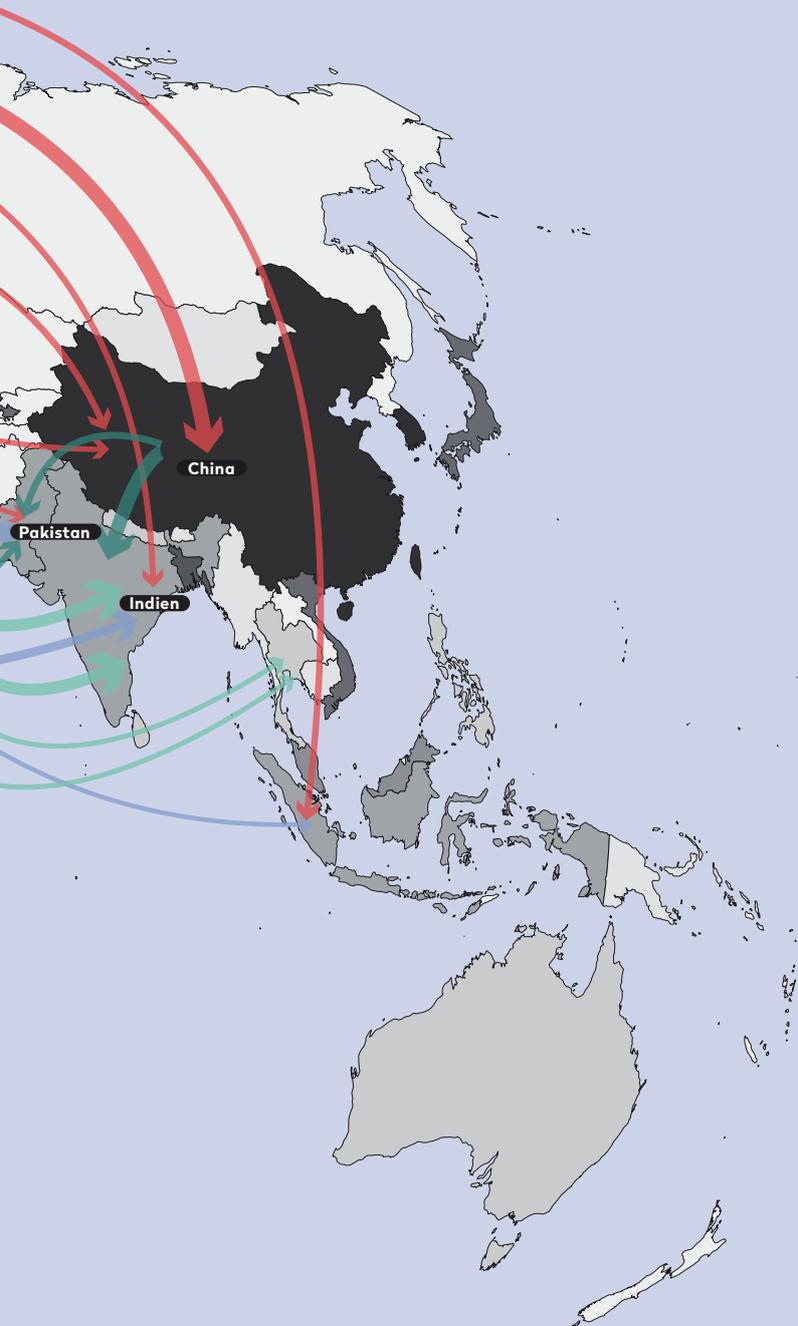
Fortsetzung auf Seite 36→

Nährstoffe aus der Balance

Während Düngerüberschüsse vielerorts Umwelt- und Gesundheitsprobleme verursachen, herrscht insbesondere in Subsahara-Afrika verbreitet Unterversorgung. Insbesondere in den Tropen leiden Millionen von Kleinbauernfamilien unter ausgelaugten, nährstoffarmen Böden – was die verbreitete Unterernährung verschärft. Da sich die Produzent*innen den sehr teuren Mineraldünger oft kaum leisten können, geben viele Staaten einen grossen Teil ihrer Landwirtschaftsbudgets für Düngersubventionen aus. Doch gerade in bereits degradierten Böden mit wenig organischer Substanz werden die Mineraldünger oft stark ausgewaschen und vermögen als alleinige Massnahme die Erträge nur wenig zu steigern – oder bewirken längerfristig gar das Gegenteil. Denn weltweit, aber insbesondere in Entwicklungsländern, ist der Anteil an ausgebrachtem Stickstoff im Verhältnis zu anderen Nährstoffen meist deutlich zu hoch, die Folgen sind Versauerung und starke Beeinträchtigungen der Bodenfruchtbarkeit. Für die Rehabilitation degradierter Böden sind vielfältige organische und agrarökologische Methoden etwa zum Aufbau organischer Substanz erfolgversprechender.

Nutzungsintensität und grösste Handelsströme synthetischer Düngemittel, 2018





Die **Produktion** von **Kali** konzentriert sich auf Kanada, Russland und Weissrussland. Die drei Länder verfügen als einzige über grosse Reserven und stemmen fast drei Viertel der globalen Kaliexporte – mehrheitlich über die kartellähnlich organisierten Konglomerate Canpotex/ Nutrien in Kanada sowie Uralkali in Russland und Belaruskali in Weissrussland.

Auch beim **Phosphor** stehen drei Länder – China, Marokko und Russland – für fast zwei Drittel der Exporte – und den Grossteil der heute bekannten Vorkommen.

Stickstoffdünger (Ammoniak und Harnstoff) kann überall produziert werden. Doch wer über billige Energie und insbesondere Erdgas verfügt, hat grosse Vorteile im internationalen Handel. Der grösste Exporteur ist Russland, gefolgt von China, Qatar und Saudi-Arabien.

In absoluten Zahlen wird mehr als die Hälfte der synthetischen Dünger in Asien verwendet, ein Drittel allein in China. Es folgen Nordamerika mit den USA sowie Südamerika mit Brasilien als grösste Märkte. Afrika fällt mit 1 bis 2% weit zurück.

Pro Hektare Ackerland bringen China, Ägypten, die Vereinigten Arabischen Emirate sowie Südkorea am meisten Kunstdünger aus. Es folgen Bangladesch, Belgien, Costa Rica und Brasilien.

Bei dieser **Nutzungsintensität** ist zu beachten, dass es bei der Erhebung der gesamten Ackerfläche wichtige Unterschiede zwischen den Ländern gibt. Die FAO zählt neben den Nutzpflanzenflächen auch temporäre Brachen und Weiden (exkl. dauerhafte Weiden) zum «Ackerland». Während es etwa in China und Brasilien offiziell gar keine temporären Weiden gibt, verfügen andere Länder wie die USA, Argentinien oder Kanada über mehrere Millionen Hektaren dieser Flächen. Obwohl diese grosse Mengen Kunstdünger verwenden, erscheint die Nutzungsintensität deshalb im Vergleich geringer.

Gemäss einer umfassenden Studie von Wissenschaftler*innen der Universität Madrid wird eine «weitere Erhöhung der Stickstoffdüngung» nur zu einer «unverhältnismässig geringen Steigerung der Pflanzenproduktion» führen, solange die Effizienz nicht «drastisch erhöht» werden kann. Zugleich werde diese aber «weitere Umweltschäden» verursachen. Dennoch passiert zurzeit genau das: Die Mengen an produziertem Stickstoffdünger steigen rasant an und sollen 2030 satte 200 Millionen Tonnen pro Jahr erreichen. Auch die Mengen an Phosphor- und Kalidünger sollen steigen. Wie die Welt mit den Folgen zurechtkommen wird, ist kaum vorauszusehen. Klar ist: Es handelt sich um ein hochprofitables Geschäft – und die Schweiz spielt darin eine Hauptrolle.

3. AGRARGIGANTEN UND DIE SCHWEIZ

Der globale Markt für synthetische Düngemittel belief sich im Jahr 2019 laut der Marktanalysefirma Reports and Data auf 109 Milliarden US-Dollar. Damit ist er beinahe doppelt so gross wie der Pestizidmarkt. Stickstoffdünger machen allein mehr als die Hälfte der Verkäufe aus. Mindestens 300 Milliarden Dollar sind es, wenn man die Produktion der Ausgangsstoffe, hauptsächlich Erdgas und Ammoniak sowie Mineralien, mit einrechnet.

Während es noch immer separate Märkte für jeden Nährstoff gibt, streben viele der wachsenden globalen Konzerne heute Integration an, also den Verkauf einer breiten Palette an Produkten und die Kontrolle des gesamten Prozesses von der Rohstoffgewinnung bis zum fertigen Dünger. In den grössten Produktionsländern (mit Ausnahme von China) dominieren jeweils eine Handvoll Unternehmen den Markt, und auch global konsolidiert sich der Sektor zunehmend. So kontrollieren die zehn grössten Konzerne heute schätzungsweise bereits die Hälfte des Markts (siehe Grafik Seite 39).

Die Branche befand sich einige Jahre in einem wirtschaftlichen Tief. Aktuell erholt sie sich schnell, nicht zuletzt dank der Coronakrise und dem Bedürfnis vieler Staaten, die Lebensmittelproduktion anzukurbeln. Grundsätzlich gilt: Wer über einen günstigen, umfassenden Zugang zu den nötigen Rohstoffen verfügt, kann mit dem Düngergeschäft gutes Geld verdienen. Von den Gewinnmargen, die einige Konzerne erreichen – 30 % oder mehr – kann in anderen Sektoren des Agrobusiness nur geträumt werden. Ähnlich der Erdöl-, Erdgas- und Rohstoffbranchen hat der Dünger eine Reihe Milliardenäre hervorgebracht. So befinden sich zahlreiche osteuropäische und russische Produzenten, die den europäischen Markt dominieren und auch international eine immer wichtigere Rolle spielen, in den

Händen von Selfmade-Oligarchen, die in exklusiven politischen Kreisen verkehren – und die, ebenso wie norwegische, marokkanische und US-amerikanische Düngerriesen, gern in der Schweiz geschäften.

Insgesamt haben mindestens 70 Firmen, die international im Düngergeschäft tätig sind, ihren Sitz oder eine Geschäftsstelle in Zug, Genf oder an einem anderen Schweizer Standort, darunter sind wichtige Niederlassungen der weltgrössten Düngerriesen. Auf der nächsten Doppelseite stellen wir einige dieser wenig bekannten Akteure vor.

Schweiz beliebt bei russischen Produzenten

Die Konzerne Phosagro, Akron und Eurochem stellen zusammen 57 % des Stickstoffdüngers in Russland her – und vermarkten ihre Produkte offenbar primär über die Schweiz in aller Welt. Auch der russische Stickstoffdüngerproduzent Togliattiazot wickelt über die Ameropa AG Geschäfte in der Schweiz ab, wie bis vor einigen Jahren auch das Kalischwergewicht Uralkali. Die Schweiz ist also offensichtlich eine (wenn nicht gar die) zentrale Drehscheibe für das globale Geschäft der grossen Düngerproduzenten Russlands und deren schwerreiche Besitzer.

Die Fäden eines der grössten Korruptionsskandale in der Düngerbranche überhaupt liefen in der Schweiz zusammen.

Auch die Fäden eines der grössten Korruptionsskandale in der Düngerbranche überhaupt liefen in der Schweiz zusammen: 2015 wurden mehrere hochrangige Mitarbeiter der norwegischen Yara International, darunter der ehemalige CEO, wegen schwerwiegender Korruption zu teils langjährigen Haftstrafen verurteilt. Yara bezahlte fast 50 Millionen US-Dollar – die höchste Busse, die je einem norwegischen Konzern auferlegt wurde. Der Grund waren umfangreiche Bestechungszahlungen in Indien und Libyen (damals unter dem Regime Ghaddhafis) in den 2000er-Jahren, die über die beiden Schweizer Standorte Yaras sowie die mittlerweile aufgelöste Schweizer Handelsfirma Nitrochem AG abgewickelt worden waren. Nitrochem wurde 2016 von der Schweizer Bundesanwaltschaft wegen Beihilfe zur Zahlung der Schmiergelder in Höhe von über 1,5 Millionen Franken verurteilt. Medienberichten zufolge sollen sowohl Phosagro wie auch Eurochem ebenfalls involviert gewesen sein. So gab Yara zu, illegale Provisionszahlungen an zwei (ehemalige) Manager von Eurochem getätigt zu haben. Fortsetzung auf Seite 40 →



Gemeindearbeiter*innen in Mexiko säubern den Strand von Sargassum-Algen; für die Wissenschaft ist eine toxische Kombination aus Klimaerwärmung und synthetischen Düngern Ursache des Algenteppichs, der weite Teile des Golfs von Mexiko zur Todeszone macht.

© STR/AFP via Getty Images



Düngerproduktion in einem Werk von Phosagro in Russland: Ein Angestellter überwacht die Verpackungsline.

© Andrey Rudakov/Bloomberg via Getty Images

Die Düngerkonzerne und ihre Beziehungen zur Schweiz

Eurochem

2015 verlegte der Milliardär und ehemalige Banker Andrei Melnitschenko den Hauptsitz seiner **Eurochem-Gruppe** von Moskau nach Zug. Melnitschenko hält 90 % der Anteile des Konzerns, der sich in den letzten Jahren zum viertgrössten Düngerproduzenten der Welt gemauert hat. Mit seinem Privatvermögen von rund 14,5 Milliarden Franken gehört Melnitschenko zum exklusiven Kreis der zehn reichsten Russen, und als er sein Privatdomizil 2020 nach Sankt Moritz verlegte, wurde er zum achtreichsten Einwohner der Schweiz. Über den verschwiegene Milliardär ist wenig bekannt – berichtet wird primär über seine extravagante Superyacht «Sailing Yacht A», die grösste Segelyacht der Welt. Auch Melnitschenkos Handelsfirma Eurochem Trading GmbH sowie die Suek GmbH, von der aus er die globalen Handelsgeschäfte seines russischen Energie- und Kohlegiganten Suek steuert, befinden sich – bereits seit vielen Jahren – in Zug.

Phosagro

Der russische **Phosagro-Konzern** führt in Zug seine globale Vertriebs- und eine Logistikzentrale. Die Aktien des siebtgrössten Düngerkonzerns und Europas Nummer eins auf dem Phosphormarkt werden zu rund der Hälfte über Offshorefirmen von Andrey und Evgenia Guryev kontrolliert, deren Sohn Andrey Guryev Jr. die Firma leitet. Die zweitreichste Familie Russlands besitzt neben einer Superyacht und einem privaten Airbus A319 auch Witanhurst, die zweitgrösste Privatresidenz in London nach dem Buckingham Palace.

Akron

Über Baar wickelt die Acron Trading AG das «globale Handelsgeschäft» von **Akron** ab, einer der grössten russischen Stickstoffdüngerproduzenten, der über verschachtelte Konstrukte vom russischen Industriellen und Milliardär Wjatscheslaw Mosche Kantor kontrolliert wird.

Ameropa

Die von Andreas Zivy geleitete **Ameropa Holding AG** mit Sitz in Binningen BL ist ein globaler Getreide- und Düngerhändler. Das Unternehmen besitzt Minderheitsanteile am Düngerhersteller und zweitgrössten russischen Ammoniakproduzenten Togliattiazot und erledigt gemäss Informationen des Marktanalysten IHS Ammoniakgeschäfte für Togliattiazot. Andreas Zivy und Beat Ruprecht, der Geschäftsleiter der ehemaligen Ameropa-Handelsfirma Nitrochem AG, wurden 2019 zusammen mit den Togliattiazot-Mehrheitsaktionären

Vladimir und Sergei Makhlai in absentia von einem russischen Gericht wegen eines Betrugs skandals zu langjährigen Haft- und teils milliardenhohen Geldstrafen verurteilt. Im Wesentlichen sollen die Makhlais Ammoniak und Harnstoff zu Schleuderpreisen an die Nitrochem AG verkauft haben, welche sie zu Marktpreisen weiterverkaufte und die Differenz auf Konten der von Sergei Makhlai kontrollierten Togliattikhimbank schleuste. Über eine Milliarde US-Dollar sollen veruntreut worden sein. Ameropa weist die Vorwürfe laut Medienberichten zurück: Es handle sich um ein Scheinverfahren. Der Kläger – der Oligarch und Besitzer des russischen Düngerkonzerns Uralchem Dmitry Mazepin – wolle seit Langem die Togliattiazot-Führung anschwärzen, um sich die Firma anzueignen. Vladimir Makhlai seinerseits soll 2017 versucht haben, seinem eigenen Sohn Serghei die Konzernleitung zu entreissen, unter anderem, indem er eine Terrorattacke auf eine Togliattiazot-Chemiefabrik simulierte, um das Management zu diskreditieren. Es tobt also ein unübersichtlicher Kampf um die lukrative Firma. Zivys Nitrochem AG wurde schon 2016 wegen eines anderen Korruptions skandals verurteilt (siehe Seite 36).

Koch Industries

Der grösste privat geführte US-Chemiekonzern **Koch Industries** hat in Genf seinen globalen Hauptsitz für seinen Erdöl- und europäischen Erdgashandel sowie weitere Schweizer Niederlassungen, darunter auch seiner Düngersparte. Das Firmenimperium gehört Charles Koch, dessen einflussreiche Milliardärsfamilie am äusseren rechten Rand politisiert. Sein Bruder William Koch, ein regelmässiger Besucher von Trumps exklusiven Mar-a-Lago-Clubs, betreibt in Fribourg einen Ableger seiner auf Sulphurdünger spezialisierten Firma **Oxbow Carbon LLC**.

Trammo

Trammo Inc. aus New York, der weltführende Ammoniakhändler, hat im steuergünstigen Pfäffikon SZ fünf Handelsfirmen an der gleichen Adresse.

Ostchem

Der Besitzer des Stickstoffdüngerproduzenten **Ostchem Group** und zweitreichste Ukrainer Dmitry Firtash schuf sich unter anderem dank guten Beziehungen und günstigen Gaslieferungen aus Russland ein regelrechtes Erdgas- und Düngerimperium. Der ukrainische «Düngerkönig», wie er auch genannt wird, führte in den letzten Jahren zahlreiche Handelsfirmen in der Schweiz – viele sind heute wenig aktiv oder gelöscht. Nicht so

die Dünger-, Chemie- und Erdölhandelsfirma Filada AG in Zug – eine hundertprozentige Tochter der österreichischen Zangas GmbH, die 2004 von Firtash aufgekauft wurde. Laut ihrer Webseite will Filada bis 2025 eine «führende Handelsplattform» in Europa werden. Firtashs Imperium steht jedoch mittlerweile stark unter Druck: Der Milliardär, dem seit Langem Verbindungen zur russisch-ukrainischen organisierten Kriminalität nachgesagt werden, steht wegen Bestechungsvorfällen auf einer Fahndungsliste des FBI. Er soll auch im politischen Skandal um Donald Trumps erstes Amtsenthebungsverfahren wesentlich mitgemischt haben, etwa indem er der Kanzlei des umstrittenen US-Anwalts Rudy Giuliani Schlüsseldokumente für mittlerweile widerlegte Vorwürfe über Joe Bidens angebliches Fehlverhalten in der Ukraine geliefert habe.

OCP

Die marokkanische **OCP-Gruppe**, der weltgrösste Phosphorkonzern, führt in Genf die Handelsfirma Saftco SA. Brot für alle, Swissaid und Fastenopfer warfen dem Staatskonzern OCP 2019 in einem Bericht

vor, mit seinen Düngerfabriken in Marokko die Luft zu verschmutzen und damit die Gesundheit von Angestellten und Anwohner*innen zu schädigen, die an Atemwegs- und Krebserkrankungen leiden, die gar tödlich enden können. OCP entgegnete darauf, die eigenen Messresultate zur Luft in und um die Fabriken würden die internationalen Vorgaben erfüllen. Einen Einblick in die Messungen wollte der Konzern den Hilfswerken aber nicht geben.

Yara

Die Dünger-Welt Nummer Zwei **Yara International ASA** aus Norwegen führt in Genf die Handelsfirmen Balderton Fertilisers und Yara Switzerland Ltd., die laut Handelsregister «weltweit Handel mit Düngemitteln und verwandten Industrieprodukten für die Yara-Gruppe» und ihr gesamtes Ammoniak-Geschäft betreibt. An ihrem umsatzstärksten Standort in Genf setzte Yara 2020 mit internen und externen Verkäufen fast 3,5 Milliarden US-Dollar um. Der Standort war auch die Hauptbühne für eine der grössten Dünger-Korruptionsaffären (siehe Seite 36).



Die zehn grössten Düngerkonzerne und ihre Präsenz in der Schweiz

Jahresumsatz 2019 mit Düngemitteln in Milliarden US-Dollar *

			Umsatz	Präsenz in der Schweiz	
████████████████████	1	Nutrien Ltd.	Kanada	12,243 Mrd. \$	–
████████████████████	2	Yara International ASA	Norwegen	10,764 Mrd. \$	Handelsfirmen Yara Switzerland Ltd. und Balderton Fertilisers in Genf
████████████████████	3	The Mosaic Company	USA	7,862 Mrd. \$	–
████████████████████	4	Eurochem Group AG	Schweiz	4,780 Mrd. \$	Hauptsitz und Eurochem Trading GmbH in Zug
████████████████████	5	CF Industries Holdings, Inc.	USA	4,590 Mrd. \$	Bis 2015 Mehrheitsaktionär der globalen Düngerehandelsfirma Keytrade mit Sitz in Thalwil
████████████████████	6	ICL Group Ltd.	Israel	3,964 Mrd. \$	Kali-Interessensverband International Potash Institute (IPI), wird in Zug von drei ICL-Tochterfirmen geführt**
████████████████████	7	Phosagro Group	Russland	3,710 Mrd. \$	Globale Vertriebszentrale Phosagro Trading SA und Logistikstandort Phosagro Logistics AG in Zug
████████████████████	8	Sinofert Holding Ltd.	China	3,323 Mrd. \$	Seit 2020 Teil des schweizerisch-chinesischen Agrarkomplexes Syngenta Group
████████████████████	9	OCP Group	Marokko	3,043 Mrd. \$	Handelsfirma Saftco SA in Genf
████████████████████	10	Uralkali***	Russland	2,364 Mrd. \$	Bis 2016 Handelsfirma Uralkali Trading SA in Genf

Schätzungen beruhend auf den Finanz- und Jahresberichten.

* Umrechnungen gemäss durchschnittlichen Jahreswechselkursen von 2019.

** www.ipipotash.org/members

*** Der russische Düngerkonzern Uralchem im Besitz von Dmitry Mazepin hat Uralkali 2020 übernommen.



Durch Überlagerung mehrerer Salzsichten entsteht ein Naturwunder unter Tag; ein Angestellter misst die Konzentration von schädlichen Gasen in einer Kalimine von Eurochem in Russland.

© Andrey Rudakov/Bloomberg via Getty Images

Im Verlauf weiterer Ermittlungen kam ans Licht, dass «inakzeptable Zahlungen» von insgesamt über 12 Millionen Dollar an «osteuropäische Rohstofflieferanten» im Spiel gewesen waren und Yara Aktien im Wert von fast 100 Millionen Dollar auf eine mysteriöse zypriotische Firma übertragen hatte, deren Eigentümer Yara angeblich nicht kannte – offenbar handelte es sich um das vollständig durch Phosagro kontrollierte russische Minenunternehmen Apatit.

Beinahe alle in der Schweiz prominent vertretenen Düngerkonzerne waren beteiligt. Noch heute sind sie über enge Geschäftsbeziehungen auch untereinander verbunden. So ist zum Beispiel Phosagro Yaras grösster Phosphorlieferant und bezieht im Gegenzug von Yara Ammoniak.

4. NACHHALTIGKEIT ALS DECKMANTEL

Die zweifelhaften Geschäftspraktiken der Düngeriesen und Korruptionsfälle haben in der Schweizer Öffentlichkeit bisher bescheidene Wellen geschlagen. Generell machen die diskreten Firmen wenig auf sich aufmerksam. Und wenn, dann stellen sie gern Werte wie

Nachhaltigkeit und Klimaschutz in den Vordergrund. So positioniert sich etwa Yara International geradezu als Klimapionier. Der Konzern gehört zu den führenden Verfechtern der «Climate Smart Agriculture» und spielt eine wichtige Rolle in der «Global Alliance for Climate Smart Agriculture» – einer globalen Multi-Stakehol-

Wie klima- und umweltfreundlich die Bemühungen der Düngerkonzerne tatsächlich sind, wird bei genauer Betrachtung zumindest fragwürdig.

der-Initiative zur Förderung dieser «klimagesunden» Landwirtschaft, bei der die Privatwirtschaft, Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und die Welternährungsorganisation FAO mitmachen.

Auch die Phosagro-Gruppe betreibt einen grossen Marketingaufwand, um ihre Nachhaltigkeitsbestrebungen und insbesondere ihren «grünen» Phosphor-Dünger anzupreisen, der aufgrund der Beschaffenheit seines Ursprungsgesteins weniger vom umweltschädlichen Schwermetall Cadmium enthält als andere Dünger.



© Glowimages/ via Getty Images

Viehzuchtbetrieb mit 120'000 Tieren im US-Bundesstaat Colorado: Eine solche Massentierhaltung ist nur mit grossen Mengen Futtermittel möglich, für die im Anbau massenweise Kunstdünger eingesetzt werden.

2018 konnte Phosagro dank dieses «grünen Düngers» ein Kooperationsabkommen zu nachhaltigem Bodenmanagement mit der FAO abschliessen.

Wie klima- und umweltfreundlich die Bemühungen der Konzerne tatsächlich sind, wird bei genauer Betrachtung zumindest fragwürdig: «Climate Smart Agriculture» ist ein sehr breiter Begriff, der ein nicht klar definiertes Set an Methoden beschreibt. Die globale Allianz für klimasmarte Landwirtschaft setzt dabei als oberstes Ziel auf eine «Steigerung der Produktivität» auf «nachhaltige Weise». Von einer Reduktion klimaschädlicher Produktionsmittel – synthetischer Stickstoffdünger etwa – ist dagegen keine Rede. Neben Yara, der globalen Lobbyorganisation der Düngerindustrie oder der International Fertilizer Association IFA engagieren sich auch Pestizidkonzerne wie Syngenta in der Allianz, die von Kleinbauernvertreter*innen, NGOs und Wissenschaftler*innen seit Jahren für ihre zweifelhaften Lösungsansätze kritisiert wird. Und während Phosagro seinen (von Natur aus) etwas grüneren Dünger bewirbt, warnte der Konzern kürzlich vor den Plänen der EU für eine Kohlenstoffsteuer, die den Export seiner emissionsreichen Düngemittel nach Europa stark belasten würde. Für sein irreführendes Klimamarketing wurde dem Yara-Konzern 2020 von der französischen Nichtregierungsorganisation Amis de la Terre der «Pinocchio»-Preis verliehen.

Noch mehr als Klima- und Umweltschutz stellen die Firmen und ihre Interessensverbände ihre uneigennützige Absicht ins Zentrum, die Weltbevölkerung zu ernähren. So platzieren fast alle auf ihren Webseiten oder in den Jahresberichten prominent die Aussage, dass die Ernährung der Hälfte der gesamten heutigen Weltbevölkerung allein synthetischen Düngemitteln zu verdanken sei. Die Aussage basiert auf einer Studie von 2005, die beruhend auf Daten aus der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts Ertragssteigerungen durch Kunstdünger von durchschnittlich 30 bis 50 % berechnete.

Langzeitstudien zeigen negative Auswirkungen

Weil die Effizienz der Kunstdünger mittlerweile jedoch etwa aufgrund degradierter Böden global stark abgenommen hat, lassen sich die damaligen Ertragssteigerungen so nicht auf die Gegenwart übertragen. Und eine wachsende Zahl an Langzeitstudien zeigt erhebliche negative Auswirkungen insbesondere von zu viel Stickstoffdünger auf die Böden. So warnten Wissenschaftler*innen der Universität Illinois, die das Phänomen in einer umfassenden Studie untersucht hatten, bereits 2009, dass synthetischer Stickstoff einen Abbau organischer Substanz bewirke und die Fähigkeit des Bodens störe, den natürlich vorhandenen Stickstoff zu speichern. Der damit

einhergehende «Rückgang der Bodenproduktivität» erhöhe wiederum die Abhängigkeit von synthetischem Stickstoff, «bedroht die Ernährungssicherheit und verschlimmert die Umweltzerstörung». Ein Teufelskreis.

Auf dem Boden politischer Realitäten

Die grossen Mengen an Kunstdünger haben also nicht nur massive Auswirkungen auf Biodiversität und Klima, sondern gefährden trotz kurzfristiger Ertragssteigerung auf lange Sicht die Bodenfruchtbarkeit und damit auch die Basis der Ernährung. Erfolgt die Düngung optimiert, also sehr gezielt und standortangepasst, lassen sich die negativen Folgen theoretisch reduzieren. Die Praxis aber ist meist weit davon entfernt, und die verwendeten Düngermengen nehmen insgesamt weiter stark zu. Zahlreiche Stimmen aus der Wissenschaft drängen daher auf eine massive Reduktion insbesondere der synthetischen Stickstoffdüngung und auf grundlegende Anpassungen in den landwirtschaftlichen Produktionsmethoden, um die Abhängigkeit von Kunstdünger zu senken.

Doch politisch scheint es bis dahin ein langer Weg. Zwar haben UNO-Mitgliedstaaten 2019 die «Colombo Declaration» für nachhaltiges Stickstoffmanagement verabschiedet, mit dem Ziel, den überschüssigen Stickstoff bis 2030 um 50% zu reduzieren. Doch stimmt nicht nur der

kontinuierlich steigende Düngerverbrauch, sondern auch ein Blick in die nationale Politik vieler Länder zurzeit wenig optimistisch, dass das ehrgeizige UNO-Ziel erreicht wird. 2020 haben Wissenschaftler*innen insgesamt 2726 Stickstoff-Regulierungen und Gesetzgebungen aus 168 Ländern analysiert. Die ernüchternde Feststellung: Bei zwei Dritteln davon handelt es sich um Gesetze, die das explizite Ziel verfolgen, den Verbrauch oder die Produktion von Stickstoff durch Anreize oder Subventionen zu fördern, so die Autor*innen. Von Reduktion keine Spur.

Staaten schrecken vor griffiger Regulierung zurück

Da synthetische Dünger als Garant für eine Erhöhung der Lebensmittelproduktion und damit der Ernährungssicherheit angesehen werden, scheinen viele Staaten vor einer griffigen Regulierung des Sektors und ehrgeizigen Reduktionszielen zurückzuschrecken. Von dieser Situation profitieren an erster Stelle die diskreten Produzenten der Kunstdünger, die sich gekonnt als Teil der Lösung in Stellung bringen und mit punktuellen Verbesserungen etwa in der Energieeffizienz oder der Zusammensetzung ihrer Dünger ebenso gekonnt vom grundlegenden Problem ablenken: dass wir immer noch mehr Stickstoff und Phosphor in die Umwelt pumpen, obwohl die planetarischen Grenzen dafür längst überschritten sind. ■



Acker im deutschen Bundesland Schleswig-Holstein: Als Folge von Überbewirtschaftung, Agrarchemie und Überdüngung ist heute ein Drittel der landwirtschaftlichen Böden degradiert.



Melonenpatent von Monsanto widerrufen

Die Beschwerdekammer des Europäischen Patentamtes (EPA) hat im März ein Patent von Monsanto auf Melonen abgelehnt. Der Konzern hatte das Resultat seiner Züchtung mit einer wilden Melone, die gegen bestimmte Viren resistent ist, als seine «Erfindung» beansprucht. Das Saatgut der ursprünglich indischen Melone hatte er sich über eine staatliche Genbank angeeignet – ein klassisches Beispiel von Biopiraterie.

Public Eye hatte 2012 gemeinsam mit anderen Organisationen Einspruch erhoben, denn Patente auf Züchtungen ohne Gentechnik sind in Europa eigentlich nicht zulässig. Nachdem das Patent 2016 aus technischen Gründen aufgehoben wurde, ging Monsanto in Berufung. Jetzt hat der Konzern endgültig eine Abfuhr kassiert – ein wichtiger Erfolg im Kampf für Ernährungssouveränität und den freien Zugang zu Saatgut, der durch solche Patente behindert wird.

Doch bereits droht eine wahre Flut von ähnlichen Patenten. Saatgutkonzerne nutzen alle rechtlichen Schlupflöcher, um weiterhin solche Patente zu erhalten. Das NGO-Bündnis «Keine Patente auf Saatgut!» forderte im März in einer Petition mit über 175 000 Unterschriften, dass das EPA die Schlupflöcher stopft und Patente auf konventionelle Züchtung endgültig stoppt.

Thematisch breites Engagement beibehalten, aber auch positive Ansätze publik machen

Komplexe politische Themen, oft lange Texte, Tiefgang – unser Magazin verlangt der Leserschaft einiges ab. Aber wird es überhaupt gelesen? Mit einer Umfrage wollten wir dies und mehr zur externen Wahrnehmung unserer Arbeit herausfinden. Über 3000 Personen haben uns ihre Meinung mitgeteilt: Mitglieder, Freiwillige, Spender*innen und Abonnent*innen unseres Online-Newsletters.

Und ja: Bei der grossen Mehrheit kommt das Magazin gut an. 85% lesen es zumindest teilweise, Inhalt, Schreibstil und Gestaltung kommen überwiegend gut bis sehr gut an. Wer das Magazin nicht liest, gibt als Grund meistens «fehlende Zeit» an.

Wir können aber noch besser werden: Das Magazin sorgt für hohe emotionale Betroffenheit, wirkt zum Teil allerdings auch entmutigend und demotivierend. Über 70% wünschen sich mehr Erfolgsmeldungen, fast ebenso viele mehr Einblicke in die

Arbeit von Public Eye. Aus den Kommentaren geht zudem hervor, dass sich viele mehr Berichte über Lösungen und positive Ansätze wünschen.

Inhalte auf Social Media: verständlich, relevant und attraktiv
Neun von zehn Personen, die unsere Inhalte auf sozialen Medien nutzen, finden diese verständlich, relevant und attraktiv. Viele wünschen sich aber auch neue Formate – ein Viertel würde zum Beispiel gerne einen Public-Eye-Podcast sehen bzw. hören.

Interessant war für uns auch, welche Themen als besonders wichtig eingestuft werden. Ganz vorne sind die Bereiche «Konzernverantwortung» und «Pestizide», die von 87 bzw. 81% als wichtig betrachtet werden. Die meisten schätzen aber auch die Vielfalt der Themen. Eine Rückmeldung dazu lautete: «Speziell an Public Eye ist ja gerade, dass ihr die verschiedenen Themenbereiche in Bezug zueinander setzt. Beibehalten!»



Wie sollte sich Public Eye vor allem engagieren? Recherchen und Information sind sehr gefragt, Veranstaltungen und Unterschriftenaktionen weniger.

Zwei Karten machen einen Sommer

In diesem Magazin finden Sie zwei Postkarten zum Herauslösen. Sie thematisieren das Engagement von Public Eye für eine gerechte und zukunftsfähige Welt auf eine sommerlich leichte und beschwingte Art.

Gestaltet wurden die Karten durch zwei Künstlerinnen. Die zwei erfahrenen und engagierten Frauen hatten Public Eye bei der Konzernverantwortungsinitiative unterstützt. Zahlreiche Kunstschaffende hatten sich freiwillig engagiert und mit ihren Illustrationen und Karikaturen gezeigt, dass sie hinter der Initiative stehen.



Tami Hopf ist Illustratorin, stammt aus São Paulo und lebt heute in Vevey. Sie beschreibt ihr Universum und ihre Illustrationen als Mischung zwischen Lebensfreude und Trauer, zwischen Euphorie und Einsamkeit. Sie thematisiert oft das Leben, die Liebe und das paradoxe Verhältnis zwischen den Menschen und der Natur.

So würde sie ihre Illustration in Worte fassen:

Zusammen die Zukunft gestalten, um eine gerechtere Welt zu schaffen.



Brigitta Garcia Lopez ist in Locarno und Zürich aufgewachsen und lebt heute in Zürich. Sie ist Illustratorin, Bildhauerin, sie malt und fotografiert. Ihre Illustrationen finden sich in Büchern, Zeitungen und Zeitschriften. Für Brigitta Garcia Lopez ersetzt ein Bild tausend Worte! Wenn man ihre Illustration trotzdem in Worte fassen würde, dann so:

Die Zukunft unserer Kinder liegt in unseren Händen. Tragen wir Sorge zu unserer Welt.

Wo Konzerne lieber im Verborgenen agieren und die Politik dies zulässt, da schaut Public Eye ganz genau hin: Mit Recherchen, Lobbyarbeit, Kampagnen und politischen Vorstössen setzen wir uns dafür ein, dass Schweizer Unternehmen und die offizielle Schweiz ihre Verantwortung zur weltweiten Achtung der Menschenrechte wahrnehmen.

Public Eye, Dienerstrasse 12, Postfach, 8021 Zürich
Tel. +41 (0)44 2 777 999, kontakt@publiceye.ch, Spendenkonto 80-8885-4

publiceye.ch

[@publiceye_ch](https://twitter.com/publiceye_ch) [@publiceye.ch](https://www.facebook.com/publiceye.ch) [@publiceye_ch](https://www.instagram.com/publiceye_ch)



Globale
Gerechtigkeit
beginnt bei uns

Public Eye



Bitte
frankieren

Public Eye

Wo Konzerne lieber im Verborgenen agieren und die Politik dies zulässt, da schaut Public Eye genau hin.

Illustration: **Brigitta Garcia Lopez** (brigitta-garcia-lopez.com)

Bitte
frankieren

Public Eye

Wo Konzerne lieber im Verborgenen agieren und die Politik dies zulässt, da schaut Public Eye genau hin.

Illustration: **Tami Hopf** (hopfstudio.com)